Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 40. Mittag-Ausgabe. Fünfundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 24. Januar 1874.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

33. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 23. Januar).

10 Uhr. Am Ministertisch Graf zu Eulenburg, Camphausen, Falk und Achenbach mit zahlreichen Commissarien.

Die Commission für die Provinzialordnung hat sich constituirt: Miquel (Vorsitzender), Haenel (Stellvertreter), Wachs, Lux, Schlüter (Schriftführer), Lasker, Bender, Kieschke, Häbler, Höne, Gajewski, Röstel, Nitsche (Münsterberg), Haken, Jüttner, Sachse, v. Leykam, v. Schmising-Kerssenbrock, Friedenthal, v. Kardorff und v. Löper.

Desgleichen die Commission für den Antrag Friedenthal auf Einführung einer Kreisordnung in der Provinz Posen: Röpell (Vorsitzender), v. Roy (Stellvertreter), Nolte, v. Worczewski (Schriftführer), Witt, Kiehn, Ramm, Engel, Dörk, Schultz, Döring, v. Chlapowski, Magdzynski, v. Czarlinski, v. Leipziger, v. Wierzbinski, v. Lukomski, v. Wojczewski, Sarrazin, Friedenthal und Rüppell.

Vom Abg. v. Loë ist eine Interpellation, betreffend die Betheiligung an den katholischen Vereinen und die Auflösung der Katholiken-Versammlungen angekündigt.

Zunächst wird der Gesetzentwurf, betreffend die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung in namentlicher Abstimmung mit 284 gegen 95 Stimmen definitiv angenommen.

Nachdem darauf der Nachtrag zum Staatshaushalts-Etat für 1874, den die Staatsregierung einzubringen sich gezwungen sah, weil das Etatsgesetz für 1874 nicht vor dem 1. Januar d. J. zu Stande gebracht war, der Budget-Commission überwiesen worden, setzt das Haus die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats für 1874 und zwar des Etats des Staatsministeriums fort.

In Bezug auf die Staatsarchive bemerkt Abegeordneter Schweineberg: Der Zustand der Archiv-Verwaltung in den Provinzen giebt zu mancherlei Wünschen Veranlassung. Sie scheint unter der Geringschätzung und Verkennung seitens der königlichen Regierung zu leiden. Es kommt ja nicht blos darauf an, daß die von den einzelnen Registraturen den Archiven zugestellten Actenstücke unter Dach und Fach gebracht und conservirt werden; und darum muß die Achtung vor ihrer Bedeutung ihren Ausdruck in der Stellung der Archivbeamten finden. In dieser Hinsicht aber gehen uns die vielfachsten Klagen aus den Provinzen zu. Der Eintritt in die Archivverwaltung knüpft sich an eine sehr complicirte Vorbildung, an eine Summe philologischer, historischer und juristischer Kenntnisse. Die Meisten treten ein aus Liebhaberei zur Sache, sind jedoch auch wiederholt schon von der Carriere zurück getreten. Ein Oberlehrer in der Provinz z. B. konnte sich dem Archivfach nur mit einem Verlust von mehreren hundert Thalern Gehalt widmen. Darum wenden sich dieser Carriere so vielfach nur Bewerber zu, die kaum über eine registraturmäßige Thätigkeit hinaus gelangt sind. Wir haben keine Vorschriften über die erforderlichen Vorkenntnisse, die Ausbildung und ein etwa zu bestehendes Examen der Archivbeamten; Alles das ist aber unumgänglich nothwendig und durch die Wichtigkeit des Amtes wohl gerechtfertigt. In der Instruction vom 31. August 1867 wird den Archivaren zwar der Rang eines Assessors verlichen, hinsichtlich der Archivsecretäre finden wir Nichts darin. Dieselben gelten als die zweiten Vorsteher, und würden diese Beamten sonach nach § 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 über die Wohnungszuschüsse zu denen gehören, deren Stellellung festgestellt wird durch den Ressortminister und den Finanzminister, also in dieser, für sie jedenfalls richtigen Hinsicht, den Subalternbeamten gleichgestellt werden können; und doch müßte ihre Stellung mindestens der eines Oberlehrers gleich sein. — Die zur Erwerbung von Archivalien ausgesetzten 4000 Thlr. genügen ebenfalls nicht, da die Herausgabe von Urkunden mit großen Kosten verbunden und wenig lucrativ für den Verleger ist; es ist daher eine Ehrenpflicht des Staates durch eine größere Freigebigkeit zu fördern.

Regierungs-Commissar Geh. Rath Duncker: Die Regierung theilt alle diese Gesichtspunkte vollkommen. Auch sind in den letzten Jahren entschiedene Fortschritte in dieser Hinsicht gemacht worden, und werden weitere in Erwägung gezogen.

Abg. Schmidt (Stettin): Mit 4500 Thlr. würde man die pecuniäre Stellung der Archivbeamten verbessern. Der Finanzminister, der stets den Wünschen des Hauses sich geneigt zeigt, wird hoffentlich auch hier seine Hülfe nicht versagen.

Darauf werden die Etats der Staatsarchive, der General-Ordens-Commission, des Geheimen Civil-Cabinets und der Ober-Rechnungskammer genehmigt.

Beim Etat der Ober-Examinations-Commission zur Prüfung der höheren Verwaltungsbeamten beantragt v. Bonin: die Staatsregierung wiederholt und dringend aufzufordern: die anderweite gesetzliche Regelung der bestehenden, aber nicht mehr ausführbaren Vorschriften über die Befähigung zu den höheren Verwaltungsämtern, nunmehr durch eine dem Landtage der Monarchie noch im Laufe der jetzigen Session zu machende Vorlage, herbeizuführen.

Abg. v. Bonin: Der Antrag sei nur eine Wiederholung des von ihm im Jahre 1868 eingebrachten und dadurch veranlaßt, daß der Minister des Innern den Regierungspräsidenten die Befugniß, Regierungsreferendarien anzunehmen, entzogen habe, und ferner durch das Gesetz von 1869 über die Qualification der richterlichen Beamten. Er dürfte daher wohl auf eine Geneigtheit der Regierung rechnen, noch in dieser Session die gewünschte Vorlage zu machen.

Der Finanzminister theilt den Wunsch nach baldigster Regulirung dieser Angelegenheit. Auch ist die Regierung mit ihrer Erwägung befaßt und wünscht sie möglichst zu fördern. Hoffentlich wird noch in dieser Session eine Mittheilung darüber an das Haus gelangen können, doch kann ein bindendes Versprechen darüber nicht gegeben werden.

Der Antrag v. Bonin wird darauf angenommen und der Etat bewilligt.

Beim Etat für Zwecke der Landes-Vermessung (193,746 Thlr.) empfiehlt Referent Hänel die Bewilligung auch des Extraordinariums. Dieser Posten hat früher als Depositions-Fonds des großen Generalstabes figurirt und wird durch seine selbstständige Aufführung im Budget die Landesvermessungsbehörde als eine selbstständige gekennzeichnet.

Abg. Schmidt (Stettin) machte auf die Nothwendigkeit einer Beschleunigung der topographischen Aufnahmen aufmerksam, schon im Interesse der Herstellung der geologischen Karten; denn nur soweit die Generalstabskarten fertig, seien auch jene herstellbar. Nach einigen zustimmenden und erläuternden technischen Bemerkungen des General-Major v. Morosowicz wird der Etat genehmigt.

Folgen die an die Budget-Commission verwiesenen Capitel des Etats des Ministeriums für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, und zwar Cap. 108: Thierarzneischulen und Veterinärwesen. (Ref. v. Benda.)

Abg. Virchow: Ich wünsche, daß die königliche Regierung in Zukunft sich eine breitere Unterlage wählt, sich Rathschläge zu verschaffen für die Behandlung der Thierarzneischulen, vielleicht dadurch, daß sie innerhalb des Ministeriums sich eine Instanz mit wissenschaftlichem Rath schafft. Die Regierung muß sich sagen, daß der Gang der Dinge ein ungünstiges Urtheil über diese Partie herausfordert. Seitdem das Thierarzneiwesen dem landwirthschaftlichen Ministerium unterstellt ist, ist in bedenklicher Weise der Rotz eingerissen. (Heiterkeit.) Ich will nicht von den bekannten Vorgängen im zoologischen Garten sprechen; aber auch im Pferdestand der Armee ist zu constatiren ein ungewöhnliches Einreißen des Rotzes und eine fortschreitende Infection, trotzdem doch gerade in der Armee-Verwaltung die Neigung zu sehr energischen Maßregeln in dieser Hinsicht vorherrschend ist. Der nachfolgende Antrag beruht daher auf wohl zu beachtenden Gründen. Er lautet: das Haus wolle beschließen, die Staats-Regierung aufzufordern, die Thier-Arzneischule in Hannover im Verhältniß zu der Thier-Arzneischule in Berlin weiter auszubilden und ausgiebiger auszustatten. Das Haus tritt diesem Antrage bei.

Bei Cap. 112 Titel 1 (90,000 Thlr. zur Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine) fordert Berger den Minister auf, sein Augenmerk darauf zu richten, daß die landwirthschaftlichen Vereine die bewilligten Gelder auch wirklich nur zu landwirthschaftlichen Zwecken verwenden und sie besonders davor zu warnen, daß sie nicht Politik im Sinne einer gewissen Interessenvertretung treiben, wie dies bei den Landtags- und Reichstagswahlen geschehen ist. Diese Vereine sollten sich überhaupt nicht mit Dingen befassen, die sie nichts angehen, und nicht obendrein noch Unwahrheiten, die bereits als solche gekennzeichnet sind, verbreiten, wie z. B. daß die Fortschrittspartei das Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten aus Mißachtung der landwirthschaftlichen Interessen beseitigen wolle, daß die Abgg. Richter (Hagen) und Berger dies Ministerium als ein Ministerium zweiter Klasse, die ländlichen Wähler als Wähler zweiter Klasse bezeichnet hätten, wie solches von dem Vorstande der landwirthschaftlichen Vereine in Iserlohn und Altena geschehen sei.

Eine längere Discussion knüpft sich an Cap. 14 Tit. I. der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben (150,000 Thlr. zur Errichtung eines Gebäudes für das landwirthschaftliche Museum.)

Referent v. Benda: Seit 1866 muß sich das landwirthschaftliche Museum mit ungenügenden gemietheten Räumlichkeiten begnügen, ein so unzuträglicher und unhaltbarer Zustand, daß das Haus schon mehrmals eine Abänderung gefordert und erhebliche Summen bewilligt hat. Aber erst in diesem Augenblicke liegt ein vollständiges, zweckmäßiges Project vor, welches auf dem Grundstücke der Eisengießerei, die mit dem 1. Januar disponibel geworden ist, zur Ausführung kommen soll. Das Grundstück hat einen Flächenraum von 18 Morgen und es sollen gleichzeitig noch die geologische Landesanstalt und die naturwissenschaftlichen Sammlungen der Universität dort untergebracht werden. Gegen das Project ist nur eingewendet worden, daß es wegen der Nähe der Charité besser für medizinische Anstalten verwendet werden könne.

Abg. Virchow: Es ist eine ganz unberechtigte Forderung, wenn sich das landwirthschaftliche Ministerium dieses Grundstück aneignen will. Bis jetzt hat es sich immer in das Centrum der Stadt drängen wollen und jedes disponibel werdende fiskalische Grundstück für sich in Anspruch genommen. Man will zugleich die naturwissenschaftliche Sammlung dorthin verlegen, die allerdings wegen ihres bedeutend gewachsenen Umfanges in der Universität nicht mehr bleiben kann, weil sie die nothwendige Vermehrung der Auditorien nicht zuläßt. Aber die Verlegung müßte nach einem Grundstück in einiger Nähe der Universität erfolgen; gegen eine Verlegung nach der Eisengießerei (der Erfinder dieser Idee ist mir unbekannt) würde die Universität Verschiedenes einzuwenden haben. Die Minister sind zwar gewohnt, mit ihrem sic volo, sic iubeo durchzudringen, indessen hier würde doch die Grenze sein, über welche hinaus die Körperschaft sich nichts gefallen lassen würde, weil es sich um ihre Existenz handelt. Wenn die Regierung so fortfährt, wird sie die Universität bald in eine Reihe von räumlich absolut getrennten, nicht communicirenden Theilen zerlegt, und damit das Fundament der deutschen Universität, die universitas, untergraben haben, so daß wir zur französischen Entwickelung der Wissenschaft kommen würden, wo die école pratique neben der école des droits und des lettres besteht. Die medizinische Facultät hat jetzt schon ihre verschiedenen Einrichtungen an 5 verschiedenen Orten, so daß ein Studirender, der alle fünf besuchen will, sich immer in Circulation befindet, was jedenfalls eine Verführung zu Abwegen ist. (Heiterkeit.) Eine Concentration aller medizinischen Anstalten ist nothwendig. Für das landwirthschaftliche Museum ist es keine Lebensfrage, ob es an diesen Platz kommt oder an einen anderen.

Institute, die immer mit der Universität verbunden waren, verdienen eine größere Berücksichtigung als solche, die niemals damit verbunden waren. Wenn man schon so lange nach einem passenden Grundstück für das landwirthschaftliche Museum suchte, warum hat man denn nicht das Grundstück vor dem Halle'schen Thor genommen, welches die Stadt Berlin schon lange zum Verkauf anbietet und gegen welches nichts weiter einzuwenden ist, als daß es einige Schritte weiter von der Universität ist, als die Eisengießerei? Aber bei dem landwirthschaftlichen Museum schadet die weitere Entfernung nicht, in London liegt das Kensington-Museum an der Peripherie der Stadt und erfreut sich dennoch eines sehr lebhaften Besuches. Ich bin durchaus nicht Willens gegen die Summen an und für sich zu stimmen, wenn aber darin gleichzeitig eine Verpflichtung für das Grundstück der Eisengießerei enthalten sein sollte, dann muß ich allerdings gegen die Bewilligung stimmen.

Der Handelsminister: Obgleich die gegen das vorliegende Project vorgebrachten Gründe ein ganz anderes Gebiet als das meines Ressorts berühren, muß ich sie doch zu widerlegen suchen. Der Vorredner warf im vorigen Jahre dem landwirthschaftlichen Ministerium vor, daß es planlos verfahren habe; es müsse seine Aufgaben in Verbindung mit den übrigen Ministerien verfolgen. Dieser Rath ist befolgt und aus der gemeinschaftlichen Berathung ist die Vorlage hervorgegangen. Wir treten also mit einem fertigen und ganz bestimmten Project vor Sie hin, während das Project, welches der Vorredner gegen das unsrige geltend zu machen sucht, noch nach keiner Seite hin irgend welche Prüfung erfahren hat. Die Verabredung der einzelnen Ministerien ist nun dahin gegangen, das Grundstück der Eisengießerei zu verwenden zum landwirthschaftlichen Museum und der sogenannten geologischen Landesanstalt in Verbindung mit der Berg-Akademie, während der übrige größere Theil des Grundstückes für die Sammlungen der Universität bestimmt ist. Hierüber haben sich das Handels-, das Cultus- und das landwirthschaftliche Ministerium unter Zustimmung der übrigen Ministerien verständigt.

Von meinem Ressort aus kann ich aussprechen, daß diese räumliche Verbindung der genannten Anstalten nach der großen Ausdehnung, die neuerdings die geognostischen Untersuchungen gewonnen haben, eine äußerst wünschenswerthe ist. Bisher wurde nun auch das Project, die großen naturwissenschaftlichen Sammlungen der Universität mit jenen Anstalten zu vereinigen, von Seiten der Unterrichtsverwaltung gebilligt. Soll nun plötzlich dieses fertige Project durch ein völlig unbestimmtes, noch gar nicht untersuchtes verdrängt werden? Soll etwa das landwirthschaftliche Museum, welches seit Jahren alle möglichen Irrfahrten gemacht hat, deswegen hinausgewiesen werden? Schon von der Dorotheenstraße hat die landwirthschaftliche Lehranstalt im Interesse der Universität weichen müssen. Verlangen Sie nicht dasselbe auch in diesem Falle. Ich bin der Ansicht, daß das Haus in dem Augenblicke, wo wir darangehen, alle die Wünsche, die es seit einer Reihe von Jahren in dieser Beziehung an uns gerichtet hat, zu erfüllen, die Anträge der Regierung nicht zurückweisen kann. Glauben Sie nicht, daß das Project dadurch gesichert worden ist, weil augenblicklich das landwirthschaftliche Ministerium von mir mit geleitet wird. Ich halte es nur für meine Pflicht, dieses Project, welches ich gewissermaßen mit überkommen habe, zu fördern und wenn, wie der Vorredner sagt, durch das Zustandekommen desselben der gegenwärtigen provisorischen Vereinigung der beiden Ministerien ein dauerndes Denkmal gesetzt werden sollte, so wird mich das allerdings mit großer Befriedigung erfüllen. (Heiterkeit.)

Der Cultusminister: Ich bin seitens der Universität hauptsächlich immer darum angegangen worden, für die Hinausschaffung der Sammlungen aus dem Universitätsgebäude zu sorgen und habe mich bemüht, diesem Wunsche Folge zu leisten. Die Natur der Sammlungen ist eine solche, daß der aus ihrer Benutzung erwachsende Vortheil nur in bedeutendem Maße erhöht werden kann durch eine derartige Verbindung, wie sie mein Amtsgenosse eben dargestellt hat. Es ist allerdings wahr, daß seitens der Universität diesem Plan entschieden entgegengetreten wird; freilich, wird gesagt, sei die Befreiung des Gebäudes von diesen Sammlungen ein dringendes Bedürfniß, allein diese müßten möglichst nahe an der Universität untergebracht werden. Aber wir dürfen doch die Verhältnisse der Stadt Berlin nicht aus den Augen lassen, die solche enge räumliche Vereinigungen nicht immer ermöglichen. Der Gedanke, die verschiedenen Universitäts-Institute zu concentriren, läßt sich eben nur auf eine Weise verwirklichen, nämlich durch die Verlegung der Universität aus dem Centrum der Stadt nach einem Punkte der Peripherie und die Schaffung einer Art quartier latin. Aber das ist ein mehr idealer Gesichtspunkt, den man gegenwärtig nicht ins Auge fassen kann; wenigstens würde das die Existenz der Universität leichter gefährden können, als was der Abg. Virchow geltend gemacht hat, der übrigens doch Manches vergessen haben muß, wenn er behauptet, daß die Regierung die Interessen der Universität vernachlässige und ihre Wünsche mißachte. Ich will nicht das ganze Register der Thatsachen, die ich zu seiner Widerlegung anführen kann, herzählen, sondern ihn nur an eine erinnern. Dem Handelsministerium lag mit Recht daran, daß ein Stück des Grundstücks der Artillerie-Werkstätte dem landwirthschaftlichen Ministerium zur Herstellung des Museums überwiesen würde, und der damalige landwirthschaftliche Minister that alle möglichen Schritte, damit ihm das Grundstück bliebe. Dem gegenüber ist auf den geäußerten Wunsch der Universität die ganze Angelegenheit noch einmal im Ministerium aufgenommen und der Platz zur Aufnahme der beiden Institute der Universität, die sich jetzt dort befinden, bestimmt worden. Ich bin nicht der Meinung, daß die vom Vorredner ausgesprochene Drohung, die Universität würde gar nicht ihre Sammlungen translociren lassen, eine solche ist, die sich erfüllen ließe, weil ich nicht der Ueberzeugung bin, daß die Existenz der Universität dadurch gefährdet würde.

Der Rector und Senat wünscht nun statt einer derartigen Unterbringung der Sammlungen eine Erweiterung des Universitätsgebäudes nach dem Kastanienwäldchen hin. Gegen diesen Plan aber muß ich die Interessen des öffentlichen Verkehrs und den Umstand geltend machen, daß diese Erweiterung für die Zukunft nicht einmal ausreichen, also nur ein Flickwerk sein würde. Gegen unser Project dagegen haben Rector und Senat nur das einzige Bedenken, daß die große Entfernung solcher Institute vom Universitätsgebäude für die Studirenden zeitraubend sein würde. Es handelt sich aber hauptsächlich nur um Studirende der Medicin und Naturwissenschaften. An der Ecke der Dorotheen- und Neuen Wilhelmsstraße nun befinden sich zwei von Studenten zu besuchende Institute, in der Verlängerung der Louisenstraße die Charité und die damit verbundenen Institute, und jenseits des Neuen Thors nun sollen nach dem angelegten Plane die Anstalten und Sammlungen sich befinden, im Anschluß an welche Vorlesungen über Zoologie, Mineralogie, vielleicht auch Botanik dort gehalten werden können. Und diese Entfernungen, meine Herren, sind für Berlin nicht zu große. Freilich werden auch noch innerhalb der Universität Vorlesungen gehalten, aber diejenigen Studirenden, welche über die engste fachwissenschaftliche Grenze hinauszugehen gedenken, werden diesen Weg nicht scheuen und andererseits die, welche keinen wissenschaftlichen Trieb besitzen, sich durch einen kürzeren Weg zur Universität nicht anlocken lassen. Also der Grund ist ein mehr idealer als realer und keineswegs ein solcher, daß durch das Außerachtlassen desselben die Existenz der Universität gefährdet werden könnte. Die ferner vom Herrn Vorredner berührte Frage der Aenderung der Kliniken ist erst vor kurzer Zeit bei mir zur Sprache gebracht worden. Es ist noch in keiner Weise abzusehen, in wie weit das Baubedürfniß bei der einen oder andern Klinik feststeht oder durch einen Tausch der Grundstücke dem Bedürfniß abgeholfen werden kann. In allen diesen Beziehungen liegt noch kein seinem Inhalt nach positiv festgestellter und von Seiten der Bauverständigen geprüfter Antrag der medicinischen Facultät vor, so daß die Frage der Kliniken noch eine ganz unreife ist.

Hierauf wird die Position bewilligt.

Zum Extraordinarium des Etats der Gestütverwaltung liegt folgender Antrag des Abgeordneten v. Donat vor: Die Regierung aufzufordern, für Oberschlesien ein Landgestüt zu errichten. Nachdem der Referent der Commission, Abgeordneter von Benda Bedenken geltend gemacht und der Finanzminister sich entschieden gegen den Antrag ausgesprochen hat, wird derselbe vom Hause abgelehnt, dagegen folgender Antrag der Budgetcommission angenommen: „Die Königliche Staatsregierung aufzufordern, die Errichtung eines Landgestüts für Oberschlesien für das Jahr 1875 in Erwägung zu nehmen.“

Es folgen einige Kapitel des Etats der Justizverwaltung, zu denen der Antrag des Abgeordneten Eberty vorliegt, die Boten und Exekutoren des Stadtgerichts zu Berlin gleichzustellen und ihnen im nächsten Etat eine Gehaltsaufbesserung von 50 Thalern jährlich zu gewähren. Nachdem die Abgeordneten Eberty und Lehfeldt die Annahme des Antrages befürwortet, der Geheime Justizrath Rindfleisch dagegen in Uebereinstimmung mit der Commission die Verwerfung empfohlen hatte, wird derselbe abgelehnt.

In dem Kapitel: „Remunerationen“ beantragt die Budgetcommission 1250 Thaler für die Kassencuratoren bei den Stadtgerichten und 600 Thaler für die Monatsrichter beim Stadtgericht Berlin zu streichen. Abg. Wachler hält es für zweckmäßiger, die Gehälter zu erhöhen, als durch willkürliche Remunerationen die Lage der Beamten verbessern zu wollen. Geh. Justizrath Rindfleisch bemerkt dagegen, daß es trotz der Remunerationen sehr schwer sei, Kassencuratoren zu finden, und daß, so lange der Richter noch neben seinem Ressort andere Funktionen ausüben müsse, dafür auch besondere Remuneration zu zahlen sei.

Der Justizminister: Ich möchte bitten, den Antrag der Commission abzulehnen. Ich bin zwar von jeher ein Gegner des Remunerationswesens, allein das Bedenkliche desselben liegt ja nur darin, daß die Vertheilung in das Ermessen des Richters gestellt ist, dies ist aber hier gar nicht der Fall, sondern die Remunerationen werden etatsmäßig bewilligt. Ich würde mit dem Antage grundsätzlich einverstanden sein, wenn diese Verhältnisse noch lange offen ständen, dies ist aber, da die neue Organisation in Aussicht steht, nicht der Fall. Bis dahin könnte man den Leuten das Geld, an das sie sich gewöhnt haben, lassen. Sie haben ihre Einrichtungen danach getroffen, und wenn diese Summe ausfällt, so wirkt das auf sie und ihre Verhältnisse störend ein.

Dem Antrage der Commission entgegen bewilligt das Haus die Positionen.

Bei Prüfung des Postens „Remunerationsgelder für Hilfsbeamte im Bureau- und Kanzleidienst“ erklärt Berger das Verhältniß, in welchem die Diätarien ständen, für unwürdig und verlangt statt dessen ständige Beamten.

Geh. Justizrath Rindfleisch: Auch diese Frage sei erst in der neuen Organisation zu erledigen, Uebrigens seien an den verschiedenen Kanzleien bereits so viele Beamte fest angestellt, daß man unmöglich dieselben noch beträchtlich vermehren könne.

Abg. Magdzynski wirft der Regierung vor, bei Vertheilung der Remunerationen an die Dolmetscher sich nicht an die Vorschriften des Etats gehalten zu haben. Geh. Justizrath Rindfleisch weist den Vorwurf als ungerechtfertigt zurück.

Damit ist der Justizetat erledigt und folgt die Berathung des Forstetats.

Zu Capitel 2 Titel 1 (Besoldungen) hatte Richter (Hagen) den Antrag gestellt, mit diesem, wie auch mit sämmtlichen anderen Besoldungstiteln des Staatshaushaltsetats die nachstehende Bemerkung generell zu verbinden: „Bei sämmtlichen Besoldungsfonds können Ersparnisse verwandt werden: 1) zu Gnadengehältern für die Hinterbliebenen verstorbener Beamten nach Maßgabe der Cabinetsordre vom 27. April 1816 und 15. Nov. 1819, 2) zur Bestreitung von Stellvertretungskosten, wenn die einstweilige Verwaltung einer vacanten Stelle einem bestimmten, nicht demselben Etatstitel angehörenden Beamten commissarisch übertragen wird.

In Bezug hierauf beantragt die Commission, 1) die Staatsregierung aufzufordern, „in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates (Etatsrecht), dem Landtage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen;“ 2) durch vorstehenden Beschluß den für den Fall der Annahme desselben von dem Abg. Richter zurückgezogenen Antrag für erledigt zu erklären.

Referent v. Benda: Die Commission hat sich sehr eingehend mit dem Antrage Richters beschäftigt; doch hat sie auf die Erklärung des Regierungscommissars, daß die Regierung im nächsten Jahre ein Gesetz über das Etatsrecht vorlegen werde, weitere principielle Erörterungen vermieden und nur ihren obigen Antrag gestellt; der Abg. Richter hat sich für den Fall der Annahme desselben bereit erklärt den seinigen zurückzuziehen.

Geh. Rath Hoffmann: So positiv habe ich in der Commission meine Erklärung wohl nicht abgegeben. Die Regierung hält ein derartiges Gesetz gewiß für sehr nützlich, doch hängt sein Zustandekommen nicht allein von ihr ab, darum war eine so positive Erklärung wie die angeführte wohl nicht möglich.

Abg. Lasker: Ich weiß nicht, ob diese Aeußerung des Herrn Commissars so aufzufassen ist, als wolle er sein damals unbedingt abgegebenes Versprechen jetzt modificiren. In diesem Falle würde das Haus gut thun, den Antrag Richter an die Commission zurückzuverweisen, da sie ihren Antrag nur in dem von dem Referenten dargelegten Sinne gestellt hat.

Der Finanzminister: Der Herr Referent hat gesagt, daß der Re-

gierungscommissar sich dahin ausgesprochen habe, die Regierung werde im nächsten Jahre den Gesetzentwurf vorlegen. Diese Aeußerung klingt nun etwas positiver, als sie der Regierungscommissar abgeben konnte und sie nach seiner Erinnerung abgegeben hat. Die Frage, ob neben den Vorschriften in dem Oberrechnungskammergesetz sich noch die Annahme eines besonderen Etats-Gesetzes empfiehlt, das die Bestimmungen über diese wichtige, in das Etatsrecht tief einschneidende Frage trifft, ist schon früher erwogen worden und wird nächstens Gegenstand eingehender Verhandlungen im Reichstage werden, indem ein Gesetz über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches wiederum vorgelegt werden muß. Bei Entwerfung dieses Gesetzes ist der Natur der Sache nach das preußische Finanzministerium sehr wesentlich betheiligt gewesen und hat sich natürlich fragen müssen, wenn es gelingt, bei dem Reichstage eine Verständigung in dieser Weise über ein solches Gesetz herbeizuführen, ob es dann rathsam erscheine, für den Particularstaat Preußen ebenfalls ein solches Gesetz in Vorschlag zu bringen. Daß es wünschenswerth sei, ein solches Gesetz zu erlassen, darüber sind weder ich noch meine Herren Collegen zweifelhaft. Aber ein bestimmtes Versprechen abzugeben, das hieße in diesem Falle einen Schritt thun, der wohl etwas über unsere Befugnisse hinausgehen würde. Wir werden, wenn wir die Reichstagsberathungen abwarten wollen, dann daran gehen müssen, gleiche Grundlagen für Preußen zu schaffen und dann wird zu untersuchen sein, ob eine völlige Uebereinstimmung in dieser Weise zwischen allen jenen, welche über das Gesetz zu beschließen haben, zu erzielen ist. Ich habe mit diesen meinen Bemerkungen durchaus nicht beabsichtigt, den Sinn der Aeußerungen in der Budgetcommission irgendwie abzuschwächen; ich kann aber nicht positiv sagen, ich lege das Gesetz im nächsten Jahr vor, wenn ich nicht positiv weiß, daß ich im Stande bin, mein Versprechen zu erfüllen; und nur in diesem Sinne wünsche ich nicht weiter zu gehen, wie ich kann.

Abg. Lasker: In der Commission ist nichts von den Reichstagsberathungen gesprochen worden, sondern es würde die Vorlegung des Gesetzes für das nächste Jahr verheißen, wenn nicht die königliche Genehmigung versagt wird. Sollte es der Finanzminister nicht unwidersprochen lassen, das Gesetz unabhängig von dem Zustandekommen des Reichsgesetzes vorzulegen, so beantrage ich, den Antrag Richter in die Budgetcommission zurückzuverweisen.

Finanzminister Camphausen: Meine Aeußerung ist dahin aufzufassen, daß die Regierung den Gang der Berathungen im Reichstage abwarten und dann Beschluß fassen wird, ob sie das Gesetz für Preußen vorlegen solle.

Nachdem auch Abg. Richter unter diesen Umständen nochmalige Commissionsberathung empfohlen hat, schließt sich das Haus dem Antrage Lasker an.

Zu Capitel 4 Titel 3 (Unterstützungen für pensionirte Beamte) beantragt Abg. Richter die hier gegen 1873 mehr geforderten 20,000 Thlr. nicht zu bewilligen, dagegen die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, behufs Erhöhung der Pensionen alt pensionirter Beamten aus Anlaß der erhöhten Lebensmittel-Preise.

Gegen diesen Antrag spricht sich der Referent v. Benda aus, indem er bemerkt, daß die Tragweite desselben nicht abzusehen sei, weil einmal die Consequenz fordere, überall so vorzugehen, und dann weil die individuellen Verhältnisse doch in Pensionsverhältnissen eine gewisse Berücksichtigung verdienten. Dabei habe die Budgetcommission keineswegs verkannt, daß die Pension in einem Zusammenhange mit dem Gehalt stehen müsse und nicht als Gnadenbewilligung aufzufassen sei; daher sei es gerechtfertigt, wenn die Regierung die geeigneten Quellen suchen möchte für eine Erhöhung der Pensionen.

Die von der Regierung geforderten 70,000 Thaler werden darauf bewilligt.

Es folgt der Etat der Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen. Zu Kapitel 14:

Abg. Hammacher: Wenn der Etat einen Tadel verdient, so ist es der, daß er in seinen Anschlägen der Einnahmen nicht weit genug geht. Derselbe giebt 9,290,234 Thlr. als Ueberschuß an, und nach Abzug des Extraordinariums noch 7,860,234 Thlr. Wollen Sie sich nun des Etats von 1872 erinnern, so finden wir, daß dieses Jahr schon einen Ueberschuß von 11,648,639 Thlr. ergab, und wenn wir die Ergebnisse der ersten 9 Monate des Jahres 1873 zu Grunde legen, so dürfen wir für 1873 den Ueberschuß von 18—19 Millionen annehmen, sowie etwa 12 Millionen mehr, wie für 1874 im Etat vorausgesetzt ist. Doch aber, meine Herren, liegen die Verhältnisse in diesem Jahre noch günstiger wie im Vorjahr; denn, um nur die Hauptsache herauszugreifen, die Preise der Kohlen steigen fortwährend, und ohne irgend wie sanguinische Hoffnungen zu hegen, dürfen wir gewiß den Ueberschuß für 1874 für erheblich größer annehmen wie 7 Millionen.

Die Regierung geht in der Aufstellung mit größter Vorsicht vor: sie nimmt große Produktionssummen an, und berechnet dann, nach Abzug der danach bemessenen Ausgaben, unter Zugrundelegung eines einheitlichen Verkaufspreises das Ergebniß. Nun, meine Herren, finden wir im Etat angenommen, daß an Steinkohlen 114 Millionen Centner 1874 gefördert werden würden; — im Jahre 1872 sind schon 128 Millionen Centner gefördert und darnach dürfte sich das Ergebniß für 1874 sehr leicht auf 150 Millionen Centner stellen. Dies aber involvirt eine Mehreinnahme von vielen Millionen Thalern, wenn Sie dabei noch berücksichtigen, daß die von der Regierung zu Grunde gelegten Kohlenpreise von 4 Gr. 1 — 3 Gr. 11 Pf. — 5 Gr. 3 Pf., nicht um Pfennige, sondern um Groschen zu niedrig gegriffen sind. Es wäre nun vermessen, wollte das Haus die Verantwortung übernehmen, hiernach eine neue Etatsaufstellung vorzunehmen; doch aber dürfen wir uns mit Gewißheit der angenehmen Aussicht hingeben, daß ein weit günstigeres Ergebniß auch für 1874 zu erwarten steht, als der Etat annimmt.

Bei demselben Etat hat der Abg. Berger zu den Kapiteln 18 und 19 (Verwaltungskosten) beantragt, daß die Zahl der Kanzlisten, sowohl im Ministerium, als auch in den Oberbergämtern erheblich (je von 19 auf 28 erhöht) werde. Da sich die Regierung damit einverstanden erklärt, erfolgt die Genehmigung ohne Debatte. Eine dazu vorliegende Resolution dagegen wird in die Budgetcommission verwiesen. Im Uebrigen wird der Etat, einschließlich der außerordentlichen Ausgaben mit 1,349,000 Thlrn. ohne wesentliche Debatte angenommen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Mehrere kleinere Gesetzentwürfe; Etat des Ministeriums des Innern; Interpellation des Abg. v. Loë. Der letzteren wird auf den Antrag des Abg. Lasker im Interesse der Etatsberathung die letzte, nicht die erste Stelle in der Tagesordnung eingeräumt)

Berlin, 23. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Kammerherren Ihrer Majestät der Hochseligen Königin Elisabeth, Grafen von Lüttichau und Freiherrn von Ende, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe; dem Fabrikbesitzer Dr. phil. Werner Siemens zu Berlin, dem Geheimen Commerzien-Rath Dr. phil. Louis Kunheim daselbst und dem Commerzien-Rath Victor Ludwig Wrede zu Loschwitz bei Dresden den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Polizei-Rath Geist zu Magdeburg, dem Rechnungs-Rath a. D. und Beigeordneten Ludwig zu Grünberg in Schlesien und dem Kaufmann Albert Hugo Ferdinand Pfaff zu Berlin den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Geheimen Ober-Baurath Salzenberg, vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Professor der Malerei, Ludwig Knaus zu Düsseldorf, dem Commerzien-Rath Paul August Ernst March zu Charlottenburg und dem Geheimen Commerzien-Rath Benjamin Liebermann zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Zahlmeister, Lieutenant a. D. Bredow vom Königs-Husaren-Regiment (1. Rheinischen) Nr. 7, dem Fürstlich Bentheimschen Oberförster Brill zu Neuenhaus, Kreis Lingen, dem Tapetenfabrikanten Franz Lieck zu Berlin, dem Kaufmann Karl Otto Heinrich Gerold daselbst und dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Müller und Mühlen-Interessenten Joseph Johann van den Wyngaert daselbst den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Garnison-Schullehrer, Küster und Organisten Hesse zu Celle, dem emeritirten Lehrer Franck zu Mühlberg, Kreis Erfurt, und dem Lehrer Faust zu Trier den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern, sowie dem städtischen Förster Pohl zu Hertwigswaldau, Kreis Sagan, dem Strafanstalts-Aufseher Vetter zu Prettin, Kreis Torgau, und dem Kirchenvorsteher, Großgärtner-Ausgedinger Christian Kulisch zu Groß-Tzschacksdorf, Kreis Sorau, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierungsrath Reuleaux, Director der Gewerbe-Akademie in Berlin und dem Banquier Magnus Herrmann, gleichfalls in Berlin, die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien resp. des Ritterkreuzes erster Klasse mit Eichenlaub des Großherzoglich badischen Ordens vom Zähringer Löwen und des Kaiserlich österreichischen Ordens der eisernen Krone dritter Klasse zu ertheilen.

[Allerhöchste Cabinets-Ordre] vom 11. December 1873, betreffend das Verfahren beim Aufenthaltswechsel der Landwehr-Offiziere.

Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme ich, daß die Einholung Meiner Genehmigung zur Einrangirung der vorschriftsmäßig aus einem Landwehr-Bataillon in das andere überwiesenen Landwehr-Offiziere ferner nicht mehr stattzufinden hat. Das Kriegs-Ministerium hat das hiernach Erforderliche zu veranlassen.

Berlin, 11. December 1873.

Wilhelm.

An das Kriegs-Ministerium.

v. Kameke.

Der bisherige Königliche Bau-Inspector Alexander Schumann in Erfurt ist zum Königlichen Ober-Bau-Inspector ernannt und dem Regierungs-Collegium in Arnsberg zugetheilt. — Der Cöln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft ist die Genehmigung zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Eisenbahn von der Stadt nach dem Bahnhofe Beckum ertheilt worden. — Der Advokat Weinhagen zu Hildesheim ist zum Anwalt bei dem Königlichen Obergericht daselbst mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hildesheim ernannt worden. (Reichsanz.)

Berlin, 23. Jan. [Vom Hofe.] Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz hat laut telegraphischer Meldung gestern das diplomatische Corps im Kaiserlichen Winterpalais in St. Petersburg empfangen.

Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin-Mutter von Mecklenburg-Schwerin trifft heute Abend 9 Uhr 15 Min. mit der Hamburger Bahn hier ein und steigt im Königlichen Schlosse ab.

In der Umgegend von Tempelhof und Britz fand heute eine Hofjagd auf Hasen statt, zu welcher die Einladungen Seitens des Königl. Hofjagdamtes an die Königlichen Prinzen und die hier anwesenden Fürstlichkeiten ergangen waren.

Se. Majestät der Kaiser und König haben das Protectorat über das von dem Baron von Beaufort-Belforte zu Breslau mittelst letztwilliger Verfügungen begründete, zur Erziehung, Unterstützung und dauernden Versorgung adeliger Personen bestimmte „Herrmans-Stift" zu übernehmen geruht. (Reichsanz.)

[Gustav Rasch] sendet uns eine „Erklärung" zu, der wir folgende thatsächliche Berichtigung entnehmen: Sämmtliche über meine politische Studienreise in Elsaß und Lothringen im verflossenen Jahre verbreiteten Gerüchte, namentlich, daß ich unter der Maske eines preußischen Schul-Inspectors die elsässischen Schulen besucht hätte, erkläre ich für erlogen.

[Setzerstrike.] Wie wir hören, sind die Setzer in der Möser'schen Officin mit ihrer Forderung bezüglich der Arbeiten für das Abgeordnetenhaus nicht durchgedrungen. Es ist gestern mit der Druckerei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" der Contract abgeschlossen worden, nach welchem diese Druckerei die Druckarbeiten für das Abgeordnetenhaus übernimmt.

Kiel, 23. Jan. [Wahl.] Von der gestern im 7. Schleswig-Holsteinschen Reichstags-Wahlkreise stattgehabten engeren Wahl sind bis jetzt nur die Resultate aus dem Socialdemokraten Hartmann vorzugsweise zugeneigten Wahlorten bekannt. In denselben wurden 12,742 Stimmen abgegeben, von denen 6213 auf Hartmann, 6149 auf Hänel (Fortschr.) fielen. Aus den für Hänel günstiger gestimmten Wahlorten fehlen die Angaben über die Stimmenzahl noch vollständig. Bei der ersten Wahl (am 10. d.) stimmten an diesen Orten 2118 für Hartmann, 4234 für Hänel.

Braunschweig, 21. Januar. [Wahlgesetzgebung.] In Folge eines Antrags der Landesversammlung auf Revision der beiden Landesvertretungsgesetze und zwar des Gesetzes über die Zusammensetzung der Landesversammlung und des Wahlgesetzes, überreichte die Landesregierung dem am 4. November v. J. zusammengetretenen Landtage die betreffenden Entwürfe zur Wahlgesetzgebung und ging hierbei nach ihren Motiven von folgender Grundlage aus: 1) Verminderung der Abgeordneten von 46 auf die Zahl 33. 2) Bewerkstelligung der Wahl derselben, wie bisher zu der einen Hälfte durch sogen. allgemeine Wahlen und zu der anderen Hälfte durch höchstbesteuerte, resp. wissenschaftliche Berufsstände. 3) Beibehaltung der Scheidung nach Stadt und Land, für die sogenannten allgemeinen Wahlen, nach Maßgabe der bisherigen Verhältnißzahlen. 4) Einführung des direkten Wahlrechts für alle Wahlkörper, also auch bei den sogenannten allgemeinen Wahlen. 5) Beseitigung des bisherigen besonderen Wahlkörpers für die evangelische Geistlichkeit. 6) Beseitigung des bisherigen mehrfachen Wahlrechts. 7) Einführung der geheimen Abstimmung durch verschlossene Wahlzettel. — Der Commissionsbericht spricht sich zu diesen Regierungspropositionen im Allgemeinen zustimmend aus, macht aber im Einzelnen mehrere Abänderungsvorschläge, worüber die Landesversammlung zu entscheiden haben wird.

Münster, 20. Jan. [Verein deutscher Edelleute.] In den letzten Tagen hat der Verein deutscher Edelleute hier seine General-Versammlung gehalten und den Freiherrn v. Schorlemer-Alst an Stelle des verstorbenen Freiherrn Wilderich v. Ketteler zum Präsidenten, den Regierungs-Assessor Freiherrn Clemens v. Heeremann zum Vicepräsidenten erwählt.

Düsseldorf, 2. Januar. [Die „Düsseldorfer Zeitung"] stellt den Abgeordneten Biesenbach, der in der Sitzung am 16 die „Düsseld. Ztg." „naher Beziehungen zum Reptilienfonds" bezichtigt hatte, folgendermaßen zur Rede: „Wir wollen zu Ihren Gunsten annehmen, daß Sie diese Verleumdungen clericalen Blättern, dem „Düsseldorfer Volksblatt", „Echo der Gegenwart" und Genossen, denen alle Mittel recht sind nachgesprochen haben, und deshalb fordern wir Sie auf Ehre und Gewissen auf, diese gewissenlosen Lügen entweder zu widerrufen, oder aber für dieselben den Beweis der Wahrheit beizubringen. Falls Sie dies nicht thun können, sind Sie in unseren Augen, wie auch in den Augen aller anständigen Menschen ein für alle Mal moralisch gerichtet!"

Fulda, 21. Jan. [Der hiesige Staatsanwalt] hat bezüglich des verurtheilenden Erkenntnisses der Strafkammer des Kreis-Gerichtes gegen die beiden gesperrten Geistlichen Pfarrer Helferich zu Dipperz und Domcaplan Weber dahier wegen des zu niedrig gegriffenen Strafmaßes die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

Darmstadt, 20. Januar. [Correction des Rheins.] Die Regierung hat den Ständen einen zwischen Hessen und Preußen abgeschlossenen Staats-Vertrag wegen der Correction des Rheins auf der Strecke Nieder-Wallnf-Geisenheim vorgelegt. Den größten Theil der entstehenden Kosten übernimmt Preußen. Die hessische Regierung erbittet die ständische Ermächtigung, 59,000 fl., welche bereits früher für diesen Zweck bewilligt, aber nicht verwendet wurden, sowie weitere 65,000 fl. für die genannten Arbeiten verausgaben zu dürfen.

Oesterreich.

*** **Wien,** 22. Januar. [Die confessionellen Gesetz-Entwürfe über Klöster, Besteuerung von Präbenden und über Anerkennung von Religionsgesellschaften.] Der Entwurf zur Aenderung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche ist ganz geeignet, dem Concordate im Ernste ein Ende zu machen, wenn man nur zur Ausführung desselben eben so energische Männer wählt, wie bei Ihnen zu der Verwirklichung der Maigesetze, und ihnen ebenso freie Hand läßt. Das muß man nun abwarten: groß sind meine Hoffnungen in dieser Beziehung jedoch kaum. Die zweite Vorlage bischäftigt sich mit den Klöstern; es gilt von ihr eigentlich ganz dasselbe. Auch das Concordat schreibt, wie dies neue Gesetz vor, daß zu jedem neuen Kloster die staatliche Genehmigung erforderlich ist: nur ward sie immer unbesehen und selbstverständlich ertheilt. Die Bestimmung, daß die Einwilligung versagt werden soll, wenn der Zweck der Corporation den guten Sitten, wirthschaftlichen Rücksichten oder der öffentlichen Ordnung widerspricht, würde ein clericales Ministerium kaum hindern, genau so wie Thun zu amtiren. Anerkennenswerth ist es immerhin, daß das Recht des Staates zur Revision und Beaufsichtigung der Klöster, so wie zu ihrer Aufhebung, falls von ihren Mitgliedern wiederholt gemeine Verbrechen begangen werden oder die öffentliche Ruhe oder der Familienfrieden gestört, oder sonst Aergerniß gegeben wird, ganz energisch gewahrt erscheint. Nicht minder lobenswerth ist es, daß zu Schenkungen an die Kirche die staatliche Genehmigung nothwendig erklärt wird, wenn es sich um mehr als 3000 Fl. handelt. Auch ist diese obrigkeitliche Genehmigung nothwendig, wenn auswärtige kirchliche Corporationen sich in Oesterreich ansiedeln oder Grund und Boden erwerben wollen. Sie sehen, auch dieses Gesetz ist nur eine Handhabe für ein verfassungtreues Cabinet, um den Römlingen zu wehren, keine zwingenden Schranken, die eine clericale Regierung abhalten könnte, im Sinne des Concordats zu amtiren. Alles bleibt eben dem Belieben der Verwaltung überlassen: an ihrer Stelle sollte der Reichsrath treten, und wie eine Eisenbahn-, so auch eine Kloster-Commission nur im Wege der Gesetzgebung geschaffen werden können. Ein eminent katholisches Gesetz ist das dritte über die Besteuerung des Pfründevermögens zum Religionsfonds Behufs Deckung der Cultusbedürfnisse. Vor bald dreihundert Jahren ordnete das Tridentiner Concil eine Besteuerung der reichen Pfründen zur Aufbesserung der armseligen Pfarrstellen an. Wie dankbar werden unsere Prälaten nicht der Regierung sein, daß sie endlich diese ihnen entfallene Bestimmung zur Ausführung bringt, indem sie einen Jahresbeitrag von ½ bis 12½ pCt. in steigender Scala für den Religionsfonds vorschreibt, je nachdem das Einkommen unter 10,000 bis über 400,000 Fl. beträgt. Nur ist auch hier zu wünschen, daß man eine neue und sorgfältige Schätzung dieser Riesen-Revenuen vornimmt: denn noch gelten zu Besteuerungszwecken bei den Kirchenfürsten und Domcapiteln die Ansätze aus der Zeit Maria Theresia's. Das vierte Gesetz endlich schafft die altkatholische Seeschlange aus der Welt, indem sie jede Religionsgesellschaft anerkennt, deren Statuten nichts Staatsgefährliches oder sittlich Anstößiges enthalten, sobald der dauernde Bestand einer Cultusgemeinde gesichert ist. Seelsorger und Vorstandsmitglieder müssen österreichische Staatsangehörige sein. Jedenfalls bieten die vier Gesetze die Möglichkeit eines ernsthaften Fortschritts auf dem Wege der Emancipation des Staates von der Kirche.

Schweiz.

Zürich, 21. Januar. [Das neue Berner Kirchengesetz. — Zum Schulwesen. — Aus dem Jura. — Kirchliches. — Verschiedenes.] Die Berner feierten mit Kanonendonner und Fackelzügen die Annahme des neuen Kirchengesetzes, welches am Sonntag rund 70,000 Ja und 17,000 Nein erhielt. Sogar im Jura war die annehmende Minderheit (rund 4900 gegen 9700 Verwerfende) auffallend groß; sie hatte in den Hauptorten Pruntrut, Münster, Delsberg, Laufen das Uebergewicht. Gegen die ultramontane Wühlerei im Jura wird das Kirchengesetz als reinstes Rattengift wirken. Dasselbe gewährt volle Glaubens- und Cultusfreiheit im Rahmen der Sittlichkeit und öffentlichen Ordnung, hält alle Religionsgenossenschaften vollkommen gleich, auch im Cultusbudget, setzt die Wahl der in der Staatsprüfung bestandenen Pfarrer durch die Gemeinden auf sechs Jahre mit Wiederwählbarkeit fest, ordnet direkte Wahlen der Abgeordneten zur Synode an, giebt den Gemeinden das Recht, für sich Glaubenserlasse der kirchlichen Behörden abzulehnen, und führt die obligatorische Civilehe und das rein bürgerliche Begräbniß ein. — Seit vorgestern tagt die Bundesversammlung wieder, hauptsächlich, um die letzte Hand an die Bundesrevision zu legen. Der Nationalrath hat manchen abweichenden Beschlüssen des Ständeraths zugestimmt; besonders zu bedauern ist, daß er sich den Schulartikel zum Theil abschwächen ließ. Derselbe enthielt den Satz: „Der Bund ist befugt, über die Anforderungen an die Primarschule, sowie über die Bedingungen, unter welchen Jemand in dieser letzteren Unterricht ertheilen kann, Vorschriften zu erlassen." Der Urheber des Satzes, Weber, bemerkte mit Recht, man solle die Waffe des Staates gegen die Kirche nicht wegwerfen, das Volk von einer culturfeindlichen Kirche befreien ꝛc. Bundesrath Welti aber u. a. befürchteten Bundesbüreaukratie und Bundesschablone. Der Satz wurde mit 66 gegen 51 Stimmen gestrichen. Dagegen wurde der auf Welti's Antrag vom Ständerath gefaßte Beschluß: „Gegen Kantone, welche diesen (im Schulartikel aufgestellten) Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Bund die nöthigen Verfügungen treffen", beibehalten. Gewonnen in der Revision ist somit immerhin der obligatorische, unentgeltliche, confessionslose Primarunterricht ausschließlich unter staatlicher Leitung. — Da nun auch Rußland seine Betheiligung zugesagt hat, so ladet der Bundesrath die Regierungen zum internationalen Postcongreß nach Bern auf den 15. September ein. — Der Plan der diesjährigen zahlreichen Militärschulen an den verschiedenen Waffenplätzen der Schweiz ist veröffentlicht. — Statt der erwarteten 11 Mill. Fr. eidg. Zölle sind im vor. J. 14,349,362 Fr. eingegangen. — Der Bundesrath hat den Protest der schweizerischen Bischöfe gegen die Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur studirt und zu den Akten genommen, wo schon so viel Anderes verschimmelt. — Bekanntlich sind die heutigen Anmaßungen und Ausschreitungen der Curie und ultramontanen Partei sehr wesentlich der Nachsicht und Unterstützung zu verdanken, welche ihr die reactionären Regierungen seit 1849 und schon früher angedeihen ließen; zur Besinnung und Abwehr gekommen, welche ihnen das Leben sauer genug macht, begreifen begreifen sie erst jetzt, welches Unheil sie selbst haben anrichten helfen. Dasselbe gilt auch für den Berner Jura. Regierungsrath Bodenheimer, der seinen heimathlichen Jura sehr gut kennt, entwickelte die Ursachen der dortigen unerquicklichen Zustände, indem er nachwies, wie der Jura an die Schweiz kam, wie schon in den dreißiger Jahren religiöse Wirren entstanden, wobei die Regierung zu Kreuz kroch, wie die conservative 50er Regierung eine wahre Schreckensherrschaft über die Liberalen im Jura ausübte und den Ultramontanen Vorschub leistete, wie die Curie so lange Jahre zur Verfügung hatte, um das jurassische Volk nach ihrem Plane und für ihre Pläne zu erziehen ꝛc. So begreift man, daß heute Tausende im Jura den Pfaffen die albernsten Märchen glauben, z. B. man wolle die katholische Kirche mit Stumpf und Stiel ausrotten, die Regierungsräthe bezögen Pensionen von Bismarck, um einen Krieg gegen Frankreich anzuschüren ꝛc. Ein so fanatisirtes Volk ist aller Schändlichkeiten fähig. Zu Saulny wurde der einzige unglückliche Liberale des Dorfes in der Nacht furchtbar zugerichtet; man zweifelt, daß er mit dem Leben davon komme; die Strafe wird nicht ausbleiben. Der Expfarrer von Bonfol, Inaugurant, welcher seine Leute zum größten Unfug aufstachelte, ist gefangen nach Pruntrut geschafft worden. — Der gemeldete Mord in Biel wurde nicht aus Religionshaß, sondern im Rausch begangen. — Das Volk von St. Gallen muß zur allgemeinen Abstimmung schreiten über das gegen die geistlichen Vergehungen erlassene Strafgesetz; es haben mehr als 10,000 Bürger das Veto ergriffen. Zu der vom Regierungsrath angeordneten Inspection des bischöflichen Knabenseminars wollte das bischöfliche Kapitel nicht Hand bieten, trat aber den Rückzug an, als die Regierung mit ernsten Maßregeln drohte. — Die Gemeinde Vrin in Graubünden hat sich ihren Pfarrer vom Halse geschafft; er wollte zwar die Kündigung nicht annehmen, weil er vom Bischof eingesetzt sei, die Regierung kam aber der Gemeinde zu Hülfe. In Graubünden haben seit Jahrhunderten die Gemeinden das Recht, ihre Pfarrer zu ernennen und zu entlassen. — In einer Versammlung der evangelischen Allianz zu Genf ereignete sich der jetzt seltene Fall, daß protestantische und katholische Geistliche im besten Einvernehmen

zusammen saßen. Pfarrer Loyson (Hyacinth) drückte seine Freude aus, wie friedlich und vertrauensvoll Protestanten und Katholiken sich vertragen können, sobald diese letzteren sich von der römischen Camarilla losgesagt haben und an die Stelle der Verfluchung Werke des Friedens und der Brüderlichkeit setzen. — Eine Amerikanerin, Madame Breword, glänzt mitten im Winter als Ersteigerin des Wetterhorns und anderer Alpengipfel; ihr getreuer Hund theilt ihren Ruhm, selbstverständlich auch die wackern Führer.

Frankreich.

* **Paris**, 21. Januar. [Die Erklärung des Herzogs Decazes.] Künftiger Vorkommnisse wegen ist es nicht unwichtig, die gestrige Erklärung des Herzogs Decazes nach dem officiellen Blatte zu kennen; dieselbe lautet:

Meine Herren! Die Reihenfolge Ihrer Arbeiten unterbreitet Ihren Berathungen die Interpellation unseres achtbaren Collegen Herrn du Temple. Die Versammlung wird vielleicht finden, daß man viel Lärm, zu viel Lärm um diese Interpellation machte, und daß es nicht ohne Gefahr war, die öffentliche Meinung so mit einer Frage hinzuziehen, welche als Gelegenheit oder als Vorwand zu Nachrichten diente, die in dem Publikum eine bedauernswerthe Unruhe unterhielten, welche nichts rechtfertigt und die doch einen bleibenden Charakter annehmen, so daß ich glauben könnte, man habe ihnen systematisch Nahrung gegeben. (Hört! Hört!) Ich sage, daß nichts diese Aufregung rechtfertigt, denn ich bin im Stande, zu behaupten, daß zwischen uns und Italien kein Streit entstanden, daß keine Frage von der einen oder der andern Seite angeregt wurde, welche die guten Beziehungen mit unseren Nachbarn compromittiren könnte, und daß alle entgegengesetzten Gerüchte vollständig und absolut falsch sind. Unser ehrbarer College Herr du Temple macht sich nicht zum Verbreiter dieser falschen Nachrichten, aber er hat die Thatsache unserer Beziehungen zu Italien selbst in Frage gestellt, und dieses war mehr als hinreichend, um diese Besorgnisse hervorzurufen. Er verlangt in der That, uns über die Absendung eines neuen bevollmächtigten Ministers zum König Victor Emanuel zu interpelliren. Wenn, wie ich voraussetze, die Versammlung der Politik getreu bleiben will, welcher sie sich so oft angeschlossen hat und welche die jetzige Regierung von ihren ehrbaren Vorgängern übernommen hat, so wird sie sich auch der einzigen Antwort anschließen, welche ich unserem ehrbaren Collegen geben kann. Ich schlug dem Herrn Marschall-Präsidenten der Republik vor, dem Herrn Marquis de Noailles den Posten eines bevollmächtigten Ministers in Italien anzuvertrauen. Wir sind von der Weisheit und Klugheit dieser Politik so durchdrungen, daß wir sie mit eifersüchtiger Fürsorge verfolgen wollen, ohne etwas zu thun, was sie compromittiren könnte, und ohne uns jemals von dem doppelten Zweck zu entfernen, welchen sie verfolgt und den ich in zwei Worten zusammenfasse: Die Person des heil. Vaters mit frommer Ehrfurcht, mit sympathischer und kindlicher Fürsorge umgeben, mit welchem uns so viele Bande vereinen, indem wir diesen Schutz und diese Fürsorge auf alle Interessen ausdehnen, welche auf die geistliche Autorität, die Unabhängigkeit und die Würde des heiligen Vaters Bezug haben; (sehr gut! sehr gut! im Centrum), — ohne Hintergedanken mit Italien, so wie die Umstände es hingestellt haben, die Verbindungen guter Eintracht, die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen unterhalten, welche uns die allgemeinen Interessen Frankreichs anrathen, und die uns auch gestatten können, die großen moralischen Interessen sicher zu stellen, mit denen wir uns mit Recht beschäftigen. Dieses, m. H., ist unsere ganze Politik in Italien. Ich könnte hinzufügen, daß unsere Politik allgemein in der ganzen Welt von der nämlichen Fürsorge und von der nämlichen Beweggründen beeinflußt wird. Wir wollen den Frieden. (Sehr gut, sehr gut!) Wir wollen den Frieden, weil wir ihn für die Größe und das Wohlergehen unseres Landes für nothwendig halten, weil wir glauben, daß er von Allen heiß gewünscht und verlangt wird. (Sehr gut, sehr gut!) Um ihn zu sichern, werden wir unaufhörlich dahin wirken, alle Mißverständnisse zu zerstreuen, allen Conflicten vorzubeugen, und wir werden ihn auch gegen leere Declamationen, gegen bedauernswerthe Aufreizungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, vertheidigen. (Beifall rechts und im rechten Centrum.) Man sage uns nicht, daß wir die Ehre und Würde Frankreichs compromittiren. Die Ehre und Würde Frankreichs kann nur durch eine abenteuerliche Politik compromittirt werden, welch es unfehlbar zu einer Schwäche oder Tollheit hinführen würde. (Sehr gut, sehr gut! Beifall auf einigen Bänken.) M. H.! Frankreich, welches man so leichthin machtlos nennt, bleibt groß und stark genug, um das Recht und die Pflicht zu haben, klug zu bleiben. (Zeichen der Zustimmung.) Wenn die Versammlung diese Erklärungen, die einzigen, die ich geben kann, als ihren gegenwärtigen Besorgnissen entsprechend betrachten will, so glaube ich, daß sie mit großem Vortheil für die öffentliche Sache die Discussionen beseitigen könnte, die nur die Interessen beunruhigen würden, die der Beruhigung und Sicherheit bedürfen. Es ist übrigens meine Pflicht, zu wiederholen, daß es mir unmöglich ist, den Aufklärungen, die Ihnen zu geben Sie mir vergönnt haben, irgend etwas hinzuzufügen. (Sehr gut, sehr gut! Beifall auf vielen Bänken.)

[Louis Veuillot] richtet an die „Patrie" folgendes Schreiben:

Mein Herr und theurer College! Sie kündigen an, daß der Minister des Innern mir einiges Bedauern wegen der Suspendirung des „Univers" ausgedrückt habe. Ich hatte nie, weder vor noch nach der in Rede stehenden Maßregel, die Ehre, mit dem Herzog von Broglie zu sprechen. Diese Maßregel überraschte mich; ich begriff sie, und ich glaube sagen zu können, daß der Herzog von Broglie und ich uns nichts einander zu sagen haben. Wir kennen uns vollständig. Ich bin überzeugt, daß die Suspendirung des „Univers" in Rücksicht auf die Zukunft und wegen der Vergangenheit ergriffen wurde, und ich glaube, daß Sie nächstens andere diplomatische Verwicklungen und andere Lösungen sehen, als die sind, von denen man Ihnen spricht. Ich danke Ihnen übrigens für Ihr Wohlwollen für mich. Ich habe die Ehre ꝛc.

Großbritannien.

A. A. C. **London**, 21. Jan. [Earl Russel über die Ansprüche des Papstes.] Die „Pall Mall Gazette" veröffentlicht einen Brief des Earl Russell an Sir John Murray, worin sich ersterer nach einem Hinweis auf die bereits bekannte Ursache, welche ihn verhindert, dem Meeting am 27. Januar zu Gunsten der preußischen Kirchenpolitik zu präsidiren, über den Zweck des Meetings ausläßt. Es heißt am Schlusse:

„Dieselben Principien, welche mich zwangen, gleiche Freiheit für die Römisch-Katholiken, die protestantischen Dissidenten und die Juden zu fordern, zwingen mich, gegen eine Verschwörung zu protestiren, welche darauf hinzielt, das Deutsche Reich in Ketten zu legen, die es, wie man hofft, niemals abschütteln würde. Ich beeile mich mit allen Freunden der Freiheit, und ich hoffe, mit der großen Majorität der englischen Nation, zu erklären, daß ich mich nicht länger einen Verehrer bürgerlicher und religiöser Freiheit nennen könnte, würde ich nicht meine Sympathie für den Kaiser von Deutschland in dem edlen Kampfe, in dem er begriffen ist, verkünden. Wir haben nichts mit den Details der deutschen Gesetze zu thun; sie mögen gerecht oder harsch sein; wir können es dem deutschen Volke nur überlassen, für sich selber zu entscheiden, wie wir für uns selber entschieden haben. Auf alle Fälle sind wir im Stande zu sehen, daß die Sache des Deutschen Reichs die Sache der Freiheit und die Sache des Papstes die Sache der Knechtschaft ist."

[Mit Bezug auf den Aschanti-Krieg] hat der „Daily-Telegraph" von seinem Correspondenten in Cape Coast Castle das nachstehende vom 3. d. datirte Telegramm erhalten:

„Sämmtliche Truppenschiffe sind hier, und Detachements der Schützenbrigade und des 42. Hochländer-Regiments sind gelandet und unverzüglich nach der Front geschickt worden. Das erste Detachement der Schützenbrigade, etwa 400 Mann stark, kam am Morgen des 1. ans Land und brach vor Tagesanbruch nach dem Prah auf. Ein anderes Detachement wurde am 2. ausgeschifft, und heute früh landete das erste Detachement des 42. Hochländer-Regiments von dem „Sarmadian". Das 23. wallisische Füsilier-Regiment wird folgen und die ganze Ausschiffung am 6. beendet sein. Die Truppen sollen den Marsch nach dem Prah in 8 Tagen zurücklegen. „Sir Garnet Wolseley und sein Stab sind, wie gemeldet wird, in Prassu angekommen. Die Invasion ist definitiv auf den 15. d. anberaumt worden, und alles wird alsdann in Bereitschaft sein, damit unsere sämmtlichen Truppen den Prah überschreiten und direct auf Kumassi marschiren können. Die einzige Schwierigkeit im Wege des Vorrückens ist, Arbeiter und Lastträger zu finden. Eine große Anzahl der 4000 Fantis, die in dieser Eigenschaft für die Dauer des Krieges engagirt waren, ist davongelaufen. Mangels authentischer officieller Nachrichten circulirt heute das wichtige Gerücht, daß König Koffi eine Gesandtschaft abgeschickt hat, die um Frieden bitten und eine enorme Kriegsentschädigung anbieten soll. Den Quellen dieses Gerüchtes habe ich noch nicht auf die Spur kommen können, aber es kommt nicht ganz unerwartet. Der Feind floh nach den Niederlagen in Abrakrampa und Dunquah in solcher Unordnung und Furcht, daß viele Befürchtungen ausgedrückt wurden, daß er keinen weiteren Widerstand versuchen, sondern entweder um Frieden bitten oder Kumassi nach Hinwegführung alles Goldes und aller Werthsachen preisgeben werde. Man glaubt, daß der König eher Frieden um jeden Preis anbieten, als eine Invasion seines Gebiets erlauben würde. Wir haben hier keine genaue Idee von den Hülfsquellen Aschantis, aber man hält allgemein dafür, daß die Lage des Königs Koffi sehr prekär geworden ist, und daß, falls sein Königreich invadirt und seine Hauptstadt genommen wird, seine Häuptlinge und Unterthanen von ihm abfallen und ihn seinem Schicksal überlassen würden. Capitän Glover hatte mit seinen Accra-Truppen, die sich weigerten zu kämpfen, große Schwierigkeiten zu bestehen. Er hatte indeß einige Scharmützel mit einigen der Stämme an der Ostseite des Volta. Inzwischen hat Glover Befehle erhalten, sofort auf den Prah zu marschiren, und er wird große Anstrengungen machen, um den Fluß gegen den 15. d. zu erreichen und ihn einige 30 Meilen östlich von Prahsu zu überschreiten. Mit den Houssas und dem Contingent von Lagos wird er mindestens 1,000 Mann afrikanische Truppen haben, auf die er sich verlassen kann.

Der Special-Correspondent des „New-York Herald" in Cape Coast Castle erstattet einen langen Bericht über die Gewohnheiten der Aschantis und ihre Kriegsführung. Er schreibt u. A.:

„Der Aschantikrieger ist, so erbärmlich er auch im Vergleich mit dem buntgekleideten westindisch-britischen Soldaten sein mag, letzterem in der Schlacht gewachsen, wenn nicht überlegen. Man gebe dem Aschanti dieselbe Waffe, den Hinterladung-Snider mit der gehörigen Munition, mit welchen die Alliirten der Engländer versehen sind, und selbst die weißen Truppen würden finden, daß die Aschantis einen ihren besten Anstrengungen würdigen Feind bilden. Es ist tausendfach schade, daß es den britischen Gouverneuren nicht gelang, das Vertrauen der Aschantis zu gewinnen. Doch wer weiß, ob dieser Krieg sich nicht für den größten Segen für die Aschantis erweisen mag. Wenn die Engländer weise sind, werden sie sich mit den braven und furchtbaren Kriegern, nachdem sie dieselben ihres Königs beraubt, befreunden, und durch sie das ganze Centralafrika dem Handel und den wohlthätigen Einflüssen der Civilisation eröffnen. Zweitausend Aschantis unter der Führung eines intelligenten britischen Offiziers würden bald die Macht der Engländer von Cape Coast Castle über die Thogoschiberge nach Timbuctu und vom Madingolande nach Benia ausdehnen. Die Römer würden über eine solche Gelegenheit, ihre Macht zum Vortheile für sich selber und die Welt im Allgemeinen ausdehnen zu können, entzückt gewesen sein."

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 24. Januar. [In Betreff der Bestätigung Zieglers] bringt der „Liegnitzer Anzeiger" noch folgende Notizen: „Der evangelische Ober-Kirchenrath, an welchen sich die städtischen Behörden zu Liegnitz Beschwerde führend über die Nichtbestätigung Zieglers Seitens des Consistoriums für die Provinz Schlesien gewandt hatten, hat die Wahl Zieglers zum Diaconus an der Kirche St. Peter und Paul hierselbst bestätigt. Ein kleiner Rückblick über die verschiedenen Zwischenfälle, welche diese Angelegenheit durchzumachen hatte, dürfte wohl am Platze sein.

In vereinigter Stadtverordneten- und Magistrats-Sitzung am 19. Mai v. J. wurde der Candidat der Theologie, Herr Gymnasiallehrer Ziegler in Berlin, auf Grund der von demselben am 23. Februar v. J. in der Peter-Paul-Kirche gehaltenen Probepredigt zum Diaconus mit 29 gegen 11 Stimmen gewählt. Da nach der seitherigen evangelischen Kirchenverfassung bei der Wahl von Geistlichen den Gemeinde-Mitgliedern anheimgegeben war, gegen dieselbe zu protestiren, so wühlten die Anhänger der orthodoxen Partei nach Kräften, um die Nichtbestätigung der Wahl dadurch zu erreichen, daß sie auf drei geharnischte Proteste, welche in einer ihrer Parteiversammlungen am 25. Mai v. J. aufgestellt waren, eine Anzahl von Unterschriften erhielten, was ihnen jedoch trotz eifrigster Colportage nicht in dem gehofften Maße gelang. Ein großer Theil der Unterschriften rührte von hierzu unberechtigten verheiratheten Frauen und unselbstständigen Personen her. Die liberale Partei, welche mit der Wahl Zieglers einverstanden war, blieb diesen Bestrebungen gegenüber nicht gleichgiltig und erließ eine mit vielen Hunderten von Unterschriften versehene Zustimmungs-Erklärung an die städtischen Behörden. Diese Kämpfe erregten die Aufmerksamkeit in den weitesten Kreisen und führten auch die Herren Senior Treblin in Breslau und Pastor Lorenz in Brieg auf den Kampfplatz, welche als Parteigenossen Zieglers in offenen Briefen den in dieser Angelegenheit besonders thätigen Pastor Trommershausen mit den eigenen Waffen bekämpften und hierdurch viel zur Klärung der Meinungen beitrugen. Anfang Juli theilte das Königliche Consistorium für die Provinz Schlesien dem Magistrat mit, daß mit Rücksicht auf die Bedenken wegen Echtheit, Freiwilligkeit nnd Legitimation der Unterschriften unter den Protesten gegen die Wahl Zieglers auf Grund des § 334 Allgemeinen Landrechts noch eine Vernehmung der Gemeinde in der Peter-Paul-Kirche stattfinden müsse. Demgemäß fand am 25. Juli Nachmittags in der betreffenden Kirche unter der Leitung des Herrn Superintendenten Stiller eine Kirchen-Gemeinde-Versammlung statt, in welcher die Entgegennahme der Proteste erfolgte. Es war dies eine der merkwürdigsten Gemeinde-Versammlungen, wie sie die Oberkirche je erlebt. Es stellte sich hierbei heraus, mit was für Mitteln die Gegenpartei agitirt hatte. Es kamen viel unselbstständige Personen als Gesellen, Frauen ꝛc. mit Protesten an, selbst Altlutheraner traten als Protestirende auf. Daß hierüber allgemeiner Unwillen entstand, war wohl erklärlich. Im Ganzen wurden 78 Proteste gegen, 244 Unterschriften für Ziegler abgegeben. Der Aerger der Gegenpartei war groß und ließen sich einzelne exaltirte Köpfe zu Drohbriefen hinreißen, die sie an die Adresse des Herrn Bürgermeister Oertel und an Herrn Ziegler nach Berlin richteten. Das königl. Consistorium zu Breslau erklärte am 6. August den in der Verhandlung vom 25. Juli eingelegten und vorzugsweise auf die von dem ꝛc. Ziegler gehaltene Probepredigt, sowie auf den von demselben am 10. December 1869 gehaltenen Vortrag „über das Ansehen der Bibel" begründeten Protest für erheblich, „da der Inhalt der angegriffenen Predigt in Verbindung mit jenem Vortrage in kirchlicher Hinsicht einen Standpunkt bekundet, welcher mit den Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens im Widerspruch steht und deshalb der ꝛc. Ziegler für die Berufung in ein Pfarramt der evangelischen Landeskirche als ungeeignet erscheinen läßt." — In Folge dieser Entscheidung herrschte großer Jubel in den orthodoxen Kreisen, und schon glaubten namentlich deren Führer ihr Spiel gewonnen, doch sollte es anders kommen. Die städtischen Behörden wandten sich an die höchste Instanz, den evangelischen Oberkirchenrath in Berlin — und endlich, wenn auch nach etwas langer Zeit, hat derselbe zu Gunsten Zieglers entschieden — er hat Zieglers Wahl bestätigt. Diese Nachricht, welche gestern Morgen in Liegnitz eintraf, verbreitete sich mit Blitzesschnelle durch die ganze Stadt und erregte allgemeine Freude. Wie wir hören, wird Herr Ziegler wahrscheinlich schon im Monat Februar sein Amt übernehmen. Der orthodoxen Partei aber wird es nun wohl klar werden, daß ihre Herrschaft hier zu Ende geht.

* [Zur Nachwahl in Sagan.] Das „Sagan. Wochenbl." meldet: Wie verlautet, haben beide bisher von den Conservativen in Aussicht genommene Candidaten, sowohl der Legationsrath Aegidi wie der Dom-Canonicus Künzer, abgelehnt, ein Mandat für den Sagan-Sprottauer Kreis anzunehmen.

= [Dem Schlesischen Central-Bureau für stellensuchende Handlungs-Gehilfen,] unter Leitung des Kaufmann Paul Straehler hier, Kupferschmiedestraße 36, sind im verflossenen Jahre 762 Gesuche um Stellungen und 475 Vacanzen-Meldungen zugegangen; von den Vacanzen wurden durch das Bureau 265 besetzt und erhielten hierdurch 83 Comptoiristen, 166 Detail-Expedienten, 8 Lageristen, 7 Reisende und 1 Weinküfer Stellung. — Handlungslehrlinge meldeten sich 47 und wurden davon 21 placirt. — Das Institut erfreut sich nach wie vor der Protection der hiesigen Handelskammer und findet in der kaufmännischen Welt immer mehr Beachtung.

♉ **Breslau**, 23. Januar. [Der Handwerkerverein] eröffnete den ersten geselligen Abend dieses Jahres in Springers Concertsaal mit einem Neujahrsprolog, den Literat Krause verfaßt hatte. Diesem folgte der Vortrag mehrerer musikalischer und declamatorischer Piecen und je eine Gesangsleistung der „Gesangsklasse" des Handwerkervereins („Im Wald" von Schaeffer) und des gemischten Chors („Gruß an den Wald" von Abt); sie schlossen diese Abtheilung, der in einem 2. Theil die dramatische Aufführung einer „Posse" von Elz („Er ist nicht eifersüchtig") folgte. Die Leistungen der Vortragenden in jenem, und der Mitspieler in diesem Theil hatten sich sämmtlich des Beifalls des recht zahlreich versammelten Publikums zu erfreuen; Regisseur war Herr Lindner. Den Schluß bildete wieder ein Tanz, der die jüngeren Mitglieder und Gäste noch einige Stunden vereinigte. Am gestrigen Abend führte Herr Rector Dr. Bach nochmals das Bild des alten Turnvater Jahn den Zuhörern vor, und zwar das des als Menschen und Hausvaters. Nachdem Herr Ingenieur Nippert Herrn Dr. Bach den Dank im Namen des Vereins wiederholt hatte, beantwortete er einige Fragen über das am 7. Februar stattfindende Narrenfest; die Mittheilung der Eintrittspreise behielt er Herrn Lindner selbst vor und zeigte an, daß Herr Boeck, der für künftigen Donnerstag Vortrag angekündigt habe, verhindert sei, und er denselben halten werde, und zwar über die in Wien ausgestellt gewesenen Arbeitsmaschinen, unter denen eine, die „Stickmaschine" die für alle Stoffe anwendbar sei, auch für die Frauen Interesse gewähren werde.

∺ **Wünschelburg**, 22. Januar. [Bedauerliche Zustände.] Unsere Stadtverwaltung ist nun vollständig ins ultramontane Fahrwasser gerathen. Nachdem es gelungen, in der Person des dem Kämmerei-Kassen-Rendanten Menzel aus Glatz einen streng-katholischen Bürgermeister — dessen Bestätigung durch die Königliche Regierung zu Breslau nunmehr erfolgt ist — zu erhalten, ist bei der ersten diesjährigen Stadtverordneten-Sitzung der Führer der ultramontanen Laien, Brauer Tiffe, zum Stadtverordneten-Vorsteher gewählt worden. Bei der durch Letzteren berufenen Versammlung katholischer Männer Behufs Empfehlung des ultramontanen Reichstagsabgeordneten-Candidaten Grafen Stolberg auf Peterswaldau, derselbe kommt mit Dr. Websky am 24. d. M. in die engere Wahl — hielt Dr. Franz aus Breslau eine längere Rede. Hierauf glaubte Caplan Kolbe aus Mittelsteine seinen Senf noch hinzulegen zu müssen und theilt die gesammten Staatsbürger in 4 Klassen. Daß die Holländer, d. h. diejenigen, welche dem altkatholische Bischofe Dr. Reinkens anhängen, am schlimmsten weg kamen, darf nicht erst erwähnt werden. Nicht viel besser ging es den Rumäniern, d. h. den Unterzeichnern der Staatskatholiken-Adresse. Die 3. Classe, die Neuheiden, zu denen Protestanten, Juden, Atheisten, Freimaurer u. s. w. gehören, bilden das Gros der die Kirche bekämpfenden Staatsbürger, und nur die 4. Classe, die Partei des Centrums, ist die einzige, welche Vertrauen verdient, weil sie nur allein für Freiheit und Recht, für Wahrheit und Religion kämpft. Dergleichen Reden sind in allen größern Dörfern des Kreises, Albendorf, Kunzendorf, Königswalde u. s. w., gehalten und in allen Häusern und Familien durch die Geistlichkeit agitirt und die Religion für höchst gefährdet erklärt und dadurch ein günstiges Wahlresultat für die Ultramontanen erzielt worden. — Hier hat man den aus der Kämmereikasse bezahlten Stadtarbeiter Hertelt mit Stolberg-Stimmzetteln von Haus zu Haus und sogar in die Kämmerei-Dörfer geschickt. — Ein anderer Uebelstand, der es verdient, öffentlich erwähnt zu werden, betrifft die katholische Schule. Die Schüler der beiden stark bevölkerten Klassen, des Rectors und des Cantors, sind einen großen Theil der gesetzlichen Unterrichtszeit ohne Lehrer und Unterricht. Die genannten Lehrer haben die Verpflichtung, bei kirchlichen Functionen, d. i. der Sechswöchner-Messen, der Begräbnisse und der Trauungen zu fungiren. Diese Acte werden in der Zeit von 8 Uhr bis 11 Uhr Vormittags vollzogen, und da hierher vier Dörfer eingepfarrt sind und es Sitte ist, daß fast alle Wöchnerinnen sich mit einer Messe einleiten lassen und auch die verstorbenen unmündigen Kinder öffentlich beerdigt werden, geht sehr oft mehr als die Hälfte der vormittaglichen Unterrichtszeit zum großen Nachtheile der Schule verloren. Wie sehr aber gerade hier und in der ganzen Grafschaft Glatz die Förderung eines gediegenen Schulunterrichtes geboten erscheint, haben die Vorgänge bei den letzten Reichstagswahlen wieder recht deutlich an den Tag gelegt. Die widersinnigsten Behauptungen wurden von der großen blinden Menge gläubig aufgenommen, wenn sie nur aus dem Munde eines Geistlichen kamen. — Einen dritten Uebelstand, dessen wir heute erwähnen müssen, hat uns die Veränderung des Postenlaufes gebracht. So wünschenswerth die Einrichtung einer Fahrpostverbindung mit Glatz uns war, so stehen doch die Vortheile derselben nicht im Verhältnisse zu den Nachtheilen, die uns durch die Aufhebung der zweiten Fahrpostverbindung mit Reichenbach geworden. Die Zeitungen und Correspondenzen erhielten wir früher Nachmittag um ¼4 Uhr, jetzt erst um ½6 Uhr, die Zeitungen oft erst am anderen Morgen. Unser Postverkehr ruht jetzt den ganzen Tag, von Früh 7½ Uhr bis Nachmittag um 5 Uhr sind wir ohne jeden Postabgang und jede Postankunft!

=ch= **Oppeln**, 23. Januar. [Verwaltungs-Gericht.] Das auf Grund der §§ 187 und folg. der Kreisordnung für den Regierungs-Bezirk Oppeln gebildete Verwaltungs-Gericht ist am gestrigen Tage von dem Herrn Regierungs-Präsidenten von Hagemeister in einer im Regierungs-Gebäude abgehaltenen Sitzung constituirt worden und hierauf in Wirksamkeit getreten. Dasselbe besteht aus folgenden Mitgliedern: 1) Regierungs-Rath Schoultz (aus der Zahl der Verwaltungsbeamten) Vorsitzender. 2) Regierungs-Rath Kretschmann (aus der Zahl der Verwaltungsbeamten) stellvertretender Vorsitzender. 3) Kreisgerichts-Rath Schulz (richterliches Mitglied). 4) Kreisrichter Schmula (stellvertretendes richterliches Mitglie). 5) Rittmeister a. D. und Landesältester Graf v. Pückler auf Schedlau, Kr. Falkenberg. 6) Geh. Reg.-Rath a. D. und Landesältester von Selchow auf Rudnik, Kr. Ratibor. 7) Hauptmann a. D. und Landesältester Elsner von Gronow auf Kalinowitz, Kreis Groß-Strehlitz. 8) Landrath a. D. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen in Lublinitz, stellvertretendes Mitglied. 9) Bergrath und Director der schlesischen Actien-Gesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb, Scherbening zu Lipine, Kr. Beuthen, stellvertretendes Mitglied. 10) Bürgermeister Schramm zu Ratibor, stellvertretendes Mitglied. Die letzteren sechs sind gewählte ständische Mitglieder.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 23. 24.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	335''',91	335''',56	334''',69
Luftwärme	+ 2°,1	— 0°,7	+ 1°,0
Dunstdruck	1''',89	1''',68	2''',03
Dunstsättigung	78 pCt.	89 pCt.	93 pCt.
Wind	SO. 1	W. 1	SW. 1
Wetter	heiter.	heiter.	bedeckt, Regen.

Breslau, 24. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 76 Cm. U.-P. — M. 10 Cm. Eisstand.

Berlin, 23. Januar. Der heutige Verkehr bildete die unveränderte Fortsetzung des gestrigen Geschäfts, sowohl in Hinsicht auf den Umfang, als auch in Bezug auf die Tendenz; nach beiden Richtungen hin hatte sich nicht das Geringste geändert. Die Unthätigkeit war über alle Verkehrsbranchen gleichmäßig ausgebreitet und selbst in den Fällen, in welchen sich Begehr zeigte, konnte das Geschäft nicht an Lebhaftigkeit gewinnen, da Abgeber und mithin Material fehlte. Auch der Verkehr in Disconten bleibt ohne Veränderung in den engsten Grenzen, der Privatdiscont hat zwar um ein Geringes angezogen. er normirt sich gegenwärtig auf 2¾ pCt., doch wäre es falsch, hierauf auf eine lebhaftere Nachfrage nach Geld zu schließen. Selbst für Reportzwecke ist der Begehr kaum erwähnenswerth, trotzdem sich die Zinssätze hierfür so billig, wie sie seit langer Zeit nicht gewesen sind, stellen. Geld für Ultimozwecke ist leicht zu 4⅛ %, bei feinster Aufgabe auch noch darunter, zu erhalten. Die von Wien abhängigen Speculationspapiere ließen in den Notirungen etwas nach, blieben aber fast geschäftslos. In der Prolongation gingen Franzosen glatt auf, Lomb. bedangen ⅙—⅕ Thlr. und Oesterr. Credit-Actien ⅝—½ Thlr. Deport. Oesterreich. Nebenbahnen betheiligten sich nur in sehr geringem Maße am Verkehr, waren aber im Allgemeinen ziemlich fest, Galizier und Oesterr. Nordwestbahn zeigten Neigung zum Nachgeben. Elisabeth Westbahn konnte ihre gestrige Notiz nicht behaupten. Von auswärtigen Fonds zeigten sich eigentlich nur österreichische Fonds belebter, zwar blieben die gestrigen Course unverändert, doch waren Papier- und Silberrente gut zu lassen, selbst 1860er Loose gingen ziemlich rege um. Italiener und Türken waren weniger fest und unterlagen einem geringen Coursdruck. Erstere wurden in größeren Posten umgesetzt. Amerikaner und Französische Rente unverändert und sehr still. Russische Werthe gingen wenig um, behaupteten jedoch eine recht feste Haltung, Bahnen verloren etwas von ihrer Coursavance der letzten Tage, fanden aber immerhin gute Beachtung. Preußische Fonds bei steigenden Coursen in guter Frage, Deutsche Fonds wenig verändert, Prioritäten zeigten eine recht feste Physiognomie, besonders waren Preußische begehrt, doch fehlten hierfür Abgeber gänzlich, hauptsächlich machte sich Nachfrage für Bergische 3½ % Lit. D. und für Nd.-Schles.-Zweigbahn geltend. Oesterr. Prioritäten ruhig, Theißbahn 77⅞, in Russischen Prioritäten fühlbarer Materialmangel. Auf dem Eisenbahnactienmarkte riefen Deckungen eine theilweise Besserung der Tendenzen hervor, so daß die Stimmung als ziemlich fest bezeichnet werden kann. Rheinische Lit. B. lebhaft gefragt, trotz höherer Course fanden sich aber doch keine Verkäufer, Rumänier sehr lebhaft, ferner Nahebahn, Ostpreußische Südbahn; Brest-Grajewo und Tamines-Landen belebter. Bankpapiere zeigten wenig Veränderungen und war die Stimmung dafür ziemlich fest, Disconto-Comm. 169½, ult. 169¼—½, Provinzial-Disc. 88¾. Ferner waren Centralbank für Genossenschaften, Braunschweiger Bank und Braunschweiger Creditbank und Berliner Wechslerbank beachtet. Spielhagen steigend u. beg. Ind.-Pap. s. still. Bergbrauerei u. Nürnberger Br. fest, Viehof und Omnibus in wenigem Verkehr, Wöhlert und Harzer Eisenwerk beliebter, Dortmunder Union 81⅜, ult. 81, Gelsenkirchen 129, Laurahütte 172¾, ult. 172 bis 72¾, Deutsche Eisenbahnen sehr fest, für Deutsch-Holländischen Bauverein lagen umfangreiche Kaufordres vor, Plessener anziehend. (Bank- u. H.-Z.)

[Zur Frage der Tariferhöhung.] Das Directorium der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft war von Seiten der Verwaltungen

mehrerer norddeutschen Eisenbahnverbände beauftragt worden, den preußischen Herrn Handelsminister um baldige Bescheidung auf ihr Gesuch vom 18. August v. J. um Genehmigung der in Aussicht genommenen Tariferhöhungen zu bitten. Hierauf ist derselben ein vom 5. Januar d. J. datirter Bescheid zugegangen, welcher nach zuverlässigen Informationen der „N. Z." wörtlich lautet: „Dem Directorium erwidere ich auf die Vorstellung vom 20. December v. J., daß ich mich noch nicht in der Lage befinde, auf das in Bezug genommene Gesuch vom 18. August v. J. um Gestattung der Erhöhung der Gütertarife Auskunft zu ertheilen. Der Minister für Handel 2c. Dr. Achenbach."

Wien, 23. Januar. [Wochen-Ausweis der gesammten lombardischen Eisenbahn] vom 8. bis zum 14. Januar 1,078,596 Fl. gegen 1,088,612 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Mindereinnahme 10,015 Fl. Bisherige Mehreinnahme vom 1. Januar 1874 ab 5287 Fl.

Berlin, 23. Januar. [Productenbericht.] Roggen ohne wesentliche Aenderung, doch besonders zum Schluß matt, und nicht voll auf gestrigen Preisen behauptet. Loco träger Handel. Roggenmehl matt und etwas billiger erlassen.

Weizen loco 73—93 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — Thlr. bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 87¾—87½—87¾ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 87¾—87⅝ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 87⅝—87½ Thlr. Br., pr. Juli-August 86½—86 Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 87—86¾ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 59—69 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 59¼—60½ Thlr. bez., besserer dito 61—62¼ Thlr. ab Bahn bez., polnischer — Thlr. bez., inländischer 66—68 Thlr., exquisiter — Thlr. ab und frei Bahn bez., per December-Januar 62—61¾ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 61¾—61½ Thlr. bez., pr. Februar-März 62—61¾ Thlr. bez., pr. Frühjahr 62⅞—61¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 62⅝—62¼ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 61¼—62⅞ Thlr. bez., pr. Juli-August 60¾ Thlr. bez. Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 61⅝ Thlr. — Gerste loco 52—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 50—60 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 56—59 Thlr., ostpreußischer 53—58 Thlr., westpreußischer 53—58 Thlr., galizischer 52—58 Thlr. bez., pommerscher 56—59 Thlr., uckermärker 56—59 Thlr. ab Bahn bez., per December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. Frühjahr 57½ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 57¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli 58 Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 59—66 Thlr., Futterwaare 53—58 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack 12—11⅓ Thlr., Nr. 0 und 1 11—10⅓ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10¼—9¾ Thlr., Nr. 0 und 1 9⅙—8¾ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 9 Thlr. 13—12½ Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 12½—12 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 12½—12 Sgr. bez., pr. März-April 9 Thlr. 12½—12 Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 12—11½ Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 11½—11 Sgr. bez., pr. Juni-Juli — Thlr. — Sgr. bez. Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 9 5/12 Thlr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco ohne Faß 19¼ Thlr. bez., mit Faß — Thlr. bez., per December-Januar ohne Faß 19 Thlr. bez., pr. Januar-Februar 19⅔ Thlr. bez., pr. Februar-März 19¾ Thlr. bez., pr. März-April — Thlr. bez., pr. Frühjahr — Thlr. bez., April-Mai 20 5/12—20⅔ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 20 17/24—20¾ Thlr. bez., pr. September-October 21⅚—21¾ Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. December-Januar 9 7/12—9⅔ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9 7/12—9⅔ Thlr. bez., pr. Februar-März 9 7/12—9⅔ Thlr. bez., April-Mai 9 7/12—9⅝ Thlr. bez., Mai-Juni — Thlr. bez., pr. September-October 10¾—10⅚ Thlr. bez. Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 6 Sgr. bez., „mit Faß" — Thlr. — Sgr. bez., pr. December-Januar 21 Thlr. 6 Sgr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., pr. Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., März-April — Thlr. Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Thlr. 23—20—21 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. 26—24—25 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 22 Thlr. 8—7 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 12—16—15 Sgr. bez., per August-September 23 Thlr. 20 Sgr. bez. Gekündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 21 Thlr. 8 Sgr.

Breslau, 24. Jan., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr sehr schleppend, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 7 11/12 bis 8 11/12 Thlr., gelber 7 7/12 bis 8 5/12 Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen wenig verändert, pr. 100 Kilogr. 6⅚ bis 6 11/12 Thlr., feinste Sorte 7⅙ Thlr. bezahlt.

Gerste gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 6¼—6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer höher, pr. 100 Kilogr. 5¼ bis 5¾ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen unverändert, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6⅓ Thlr.

Wicken höher, pr. 100 Kilogr. 5 bis 5⅓ Thlr.

Lupinen steigend, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue 4 11/12 bis 5⅙ Thlr.

Bohnen offerirt, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅚ Thlr.

Mais mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 5⅔ bis 6 5/12 Thlr.

Oelsaaten gut preishaltend.

Schlaglein sehr fest.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.									
Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	7	6	7	12	6	7	27	6
Winter-Rübsen	7	2	6	7	10	—	7	22	6
Sommer-Rübsen	7	2	6	7	15	—	8	—	—
Leindotter	6	25	—	7	2	6	7	15	—

Rapskuchen matt, schlesische 70—73 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 100—103 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat feine Qualitäten gut verkäuflich, rothe ordinäre 11—12 Thlr., mittle 13—14 Thlr., feine 14⅓—15 Thlr., hochfeine 15⅙—15⅔ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße ordinäre 11—12 Thlr., mittle 14—15 Thlr., feine 16—18 Thlr., hochfeine 20—21 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut gefragt, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 24. Januar, Morgens. Die „National-Zeitung" vernimmt, daß der hiesige Magistrat mit schwacher Majorität beschlossen hat, die Schlachtsteuer als Communalsteuer vom 1. Januar 1875 an nicht beizubehalten.

Wien, 23. Jan. Laut einer Anzeige der italienischen Telegraphenverwaltung ist eine gestern von hier nach Rom aufgegebene Depesche über den bekannten Artikel der Berliner „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", betreffend das Buch des Generals Lamarmora und mehrere in demselben enthaltene angebliche Depeschen, dem Adressaten (Agencia Stefani) nicht ausgehändigt werden.

Paris, 23. Januar. In dem hier gegen den früheren schweizerischen Bundesrath Fornerod, sowie gegen Paulin Caperon und Beaure wegen Betrugs bei Verwaltung der Societe du credit foncier Suisse verhandelten Processe ist Fornerod zu dreijähriger schwerer Zwangsarbeit verurtheilt worden.

Petersburg, 23. Januar. Der Vollzug der Trauung nach orthodoxem und anglikanischem Ritus erfolgte von 1 bis 4 Uhr. Es wurden 101 Kanonenschüsse abgefeuert. Die Braut trug eine reiche Brillantenkrone auf dem Haupte, über das Kleid einen carmosinrothen Sammtmantel mit Hermelin. Um 5 Uhr war Diner im Nikolaisaale. Dem Toast auf den Kaiser und die Kaiserin folgten 51 Kanonenschüsse, dem auf die Königin Victoria und die Neuvermählten 31 Schüsse, und eben so viel dem Toaste auf die hohen Gäste, die Geistlichkeit und die getreuen Unterthanen. Um 9 Uhr Abends fand eine großartige Illumination statt, das englische Botschaftshotel war besonders reich beleuchtet. Abends war Ball im Winterpalais. Volksmassen füllen alle Straßen. An den Ecken sind Musikchöre aufgestellt. Das Wetter ist warm und klar.

Petersburg, 23. Januar. Abends. Soeben 11 Uhr 30 Min. Abends reisten die hohen Neuvermählten nach Zarskoe Selo ab, woselbst sie drei Tage verbleiben werden.

Madrid, 23. Januar. Drei hier bestehende Alfonsistische Gesellschaften sind seitens der Regierungsbehörden geschlossen worden.

Berliner Börse vom 23. Januar 1874.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	4½	142⅛ bz
do. do.	2 M.	4½	141⅝ G.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.18 G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	3½	6.20¾ bz
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80⅙ bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	90 bz
Warschau 90 SR.	8 T.	6½	91¾ bz
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88⅝ B. ¼ G.
do. do.	2 M.	5	87⅞ B. ¾ G.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	102⅝ bz
do. consolid.	4½	105 9/16 bz
do. 4%ige	4	99 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	120¾ bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102⅞ bz
Pfandbr. Berliner	4½	101⅜ bz
Pfandbr. Pommersche	3½	82¼ bzG.
Pfandbr. Posensche	4	92⅝ bz
Pfandbr. Schlesische	3½	82½ G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	96⅝ bz
Rentenbriefe Pommersche	4	96⅝ G.
Rentenbriefe Posensche	4	95¾ B.
Rentenbriefe Preussische	4	96 G.
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	99 B.
Rentenbriefe Sächsische	4	97⅛ G.
Rentenbriefe Schlesische	4	96⅜ bz
Badische Präm.-Anl.	4	114 B.
Baierische 4% Anleihe	4	116 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	94⅛ bzG.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69⅞ bz
Badische 35 Fl.-Loose 39¼ bz
Braunschw. Präm.-Anl. 22⅔ bz
Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or — —	Dollars 1.11¼ G.
Sovereigns 6.21¾ bG	Frmd. Bkn 99¾ bz.
Napoleons 5.10 etbzG	Oest. Bkn. 88 7/16 bz
Imperials 5.15½ G.	Russ. Bkn. 91⅞ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	100¼ G.
Unkünd. do. (1872)	5	101⅜ bz
do. rückbz. à 110	5	105⅞ bz
do. do. do.	4½	98¼ bz
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	99¾ bz
do. III. Em. do.	5	97 bz
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	96 bz
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101½ bz
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	102 bz
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106 B.
do. do. II. Em.	5	103¼ bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	91¾ bzG.
Oest. Silberpfandbr.	5	70 bzG.
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	71 G.
Unkb.Pfd.d.Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz.G.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	83¾ G.
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101 G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	71 bzB.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¾ bz
do. Papierrente	4⅕	61¼ B.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	95¼a¾ bzG.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94⅞ G
do. Credit-Loose	—	106½ G.
do. 64er Loose	—	85½ etbzG.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	138 bzG.
do. do. 1866	5	138⅛ bzG.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	86 bz
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	82½ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	79½ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	67⅝ bz
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97 bzG.
do. do. p. 1885	6	102 bzG.
do. 5% Anleihe	5	97⅞ bz
Französische Rente	5	92¼ G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅛ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	94⅝ bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78¼ bzG.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	41¼ bz
Ung. 5% St.-Eisenb. Anl.	5	72½ bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 10¼ bzG.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100½ G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84⅛ bz
do. do. VI.	4½	100⅜ bzG.
do. Nordbahn	5	103½ bzB.
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	100¼ B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	
do. do. G.	4½	100 bzG.
do. do. H.	4½	100 bzG.
Cöln-Minden III.	4	92 B.
do. do.	4½	101 G.
do. IV.	4	92 G.
do. V.	4	92 B.
Halle-Sorau-Guben	5	100⅝ bz
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102½ G.
Niederschl.-Märkische	4	95 G.
do. do. III.	4	96 etbzB.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	83 G.
do. C.	4	92 bzG.
do. D.	4	92 bzG.
do. E.	3½	83½ B.
do. F.	4½	101¾ B.
do. G.	4½	100¾ G.
do. H.	4½	101½ bz
do.	5	103 bz
do. von 1873	4	91¾ bz
do. Brieg Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	— —
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	103½ bzG.
do. Stargard-Posen	4	91½ bzB.
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	102¼ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	102½ bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	99⅞ bzG.
Chemnitz-Komotau	5	86¾ B.
Dux-Bodenbach	5	83⅛ G.
Prag-Dux	5	57⅛ B.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	94 G.
do. do. neue	5	91½ bz
Kaschau-Oderberg	5	80¼ bzG.
Ung. Nordostbahn	5	61½ etbzB.
Ung. Ostbahn	5	58½ bz
Lemberg-Czernowitz	5	66¾ bzG.
do. do. II.	5	78⅝ bz
do. do. III.	5	66½ bzG.
Mährische Grenzbahn	5	70 B.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	44¾ bzG.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84½ bzB.
Oesterr.-Französische	3	308½ bzB.
do. do. neue	3	290½ bz
do. südl. Staatsbahn	3	248¾ bz
do. neue	3	249½ bz
do. Obligationen	5	86 bzG.
Warschau-Wien II.	5	98¾ bz
do. III.	5	97⅛ G.
do. IV.	5	97⅛ B.

Bank-Discont 4 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 5 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1872	1873	Zf.	
Aachen-Mastricht	1	—	4	34⅞ bzB.
Berg.-Märkische	6	—	4	99⅜a½ bz
Berlin-Anhalt	17	—	4	142⅞ bzB.
do. Dresden	5	5	5	66½ bzG
Berlin-Görlitz	3½	—	4	97⅞ bz
Berlin-Hamburg	12	—	4	180¼ bzG.
Berl. Nordbahn	5	5	5	27⅜ bz
Berl.-Potsd. Magd.	8	—	4	111¾ bz
Berlin-Stettin	12¾	—	4	159⅞ bzB
Böhm. Westbahn	5	—	5	96 bzG.
Breslau-Freib.	7½	—	4	102¾ bz
do. neue	5	—	5	98 B
Cöln-Minden	9 7/20	—	4	139½a40 bz
do. neue	5	5	5	110¼ bzG.
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	— —
Dux-BodenbachB.	5	5	5	41 bzG.
Gal. Carl-Ludw. B.	7	—	5	100½a⅞ bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	42 bzG
Hannover-Altenb.	5	0	5	47 bzG.
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	62¾ bzG.
Kronpr. Rudolphb.	5	5	5	69¼ bz
Ludwigsh.-Bexb.	11	—	4	181⅞ bz
Märk.-Posener	0	0	4	46 bzG.
Magdeb.-Halberst.	8¼	—	4	125 bzG.
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	257 bz
do. Lit. B.	4	4	4	96 bz
Mainz-Ludwigsh.	11 6/10	—	4	147¼ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98⅛ B.
Oberschl. A. C. D.	13⅗	—	3½	158 bzG.
do. B.	13⅗	—	3½	143 G.
do. neue	—	—	—	147¾ bzB.
Oester.-Fr. St.-B.	10	—	5	197½a7¾ b
Oest. Nordwestb.	5	5	5	114¾ bzB.
Oester. südl. St.-B.	4	—	5	94⅛a¾ bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	38⅝ bzG
RechteO.-U.-Bahn	6	—	5	120½ bzG.
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	68½ bzB.
Rheinische	9⅖	—	4	137½a7¾ bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	31¼ bz
Rumän. Eisenbhn.	3⅗	—	5	38⅛a⅞ bzG.
SchweizWestbhn.	1⅗	—	4	42⅛ bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101¼ B.
Thüringer	9	—	4	127⅛ bz
Warschau-Wien	10	—	5	80 G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104⅞ bzG.
Berlin. Nordbahn	5	5	5	42⅓ bzG
BreslauWarschau	5	0	5	27½ bzB.
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	65¾ bz
Hannover-Altenb.	5	0	5	— —
Kohlfurt Falkenb.	5	—	5	— —
Märkisch-Posener	0	—	5	74½ bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	80½ bzG.
do. Lit. C.	5	5	5	103¾ bzG.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	— —
Pomm. Centralb.	5	0	5	20⅝ bz
RechteO.-U.-Bahn	6	—	5	— —
Rum. (40% Einz.)	—	8	8	90½ bzG.
Saal-Bahn	5	5	5	46 B.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	7½	—	5	65 B.
Allg. Deut. Hand. G	9¼	—	5	34¼ G.
Berliner Bank	14	—	4	69 G.
Berl. Bankverein	18	—	5	84¼ bzG.
Berl. Kassen-Ver.	29 3/10	—	4	283 bzB.
Berl. Handels-Ges.	12½	—	4	118½ bzG.
Berl. Lomb.-Bank	11¼	—	5	41 bzG.
Berl. Makler-Bank	11	—	4	100½ bz
Berl. Prod.-Makl. B	8½	—	5	102¾ bz
Berl. Wechslerbk.	0	—	5	51 bz
Braunschw. Bank	8⅔	—	4	118¾ bzG.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthaln. Co.	10	—	4	79⅞ bzG.
Bresl. Handels-G	9	—	5	64¼ G.
Bresl. Maklerbank	30	—	5	77 B
Bresl. Mkl.-Ver. B.	7	—	5	91 G.
Br. Pr.-Wechsl.-B	12	—	4	66 G.
Bresl. Wechslerb.	12	—	4	66¾ G.
Centralb. f. Genos.	14	—	4	65⅞ bzG
Coburg. Cred.-Bk.	7¼	—	4	73 bzG.
DanzigerPriv.-Bk.	7	—	4	115 G.
Darmst. Creditbk.	15	—	4	156 bz
Darmst. Zettelbk.	7	—	4	105½ G.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	—	4	81 bzB.
DeutscheUnionsb.	9½	—	4	71⅛ bzG.
Disc.-Com.-A.	27	—	4	169½ bz
Genossensch.-Bnk	10⅔	—	fr.	107½ G.
do. junge	—	—	4	103½ G.
Gwb. Schuster u. C.	10	—	4	53¾ bz
Görlitzer Ver.-Bk.	10	—	4	
Goth. Grundcred. B	9¼	—	4	102 bzB.
Hamb. Nordd. Bnk	13⅗	—	4	141 bz
do. Vereins-B.	13⅗	—	4	121 bzG.
Hannov. do.	6⅗	—	4	105⅜ bzG.
do. Disc.-Bk.	5	—	4	66¾ G
Hessische Bank	6⅔	—	5	45½ bzG.
Königsb. do.	8	—	4	80 bzG.
Ldw. B. Kwileck	—	—	4	62 G.
Leip. Cred.-Bank.	15	—	5	143 bz
Luxemburger do.	12	—	4	114⅞ B.
Magdeburger do.	5¾	—	4	104½ G.
Meininger do.	12	—	4	110¼ bzB.
MoldauerLds. Bk.	4	—	4	45 G.
Ndrschl. Cassenv.	15	—	4	21 bz
Nordd. Grundcr. B.	13¾	—	5	82 bzG.
Oberlausitzer Bk.	8 3/10	—	4	70 G.
Oest. Cred.-Actien	18¾	—	4	141a¼&1b.
Ostdeutsche Bank	8	—	5	70 etbzG.
Ostd. Product.-Bk.	8½	—	4	26 B.
Posener Bank	6½	—	5	107½ bzG.
Pos. Pr.-Wechsl. B.	8	—	4	9 G.
Preuss. Bank-Act.	13½	—	4	186 G.
Pr. Bod.-Cr.-Act. B.	15	—	4½	77 bzB.
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	—	4	119½ bz
Pr. Credit-Anstalt	24	—	5	50¼ bz
Prov. Wechsl.-Bk.	7½	—	4	88 G.
Sächs. B. 60% I. S.	12	—	5	141¼ bzB.
Sächs. Cred.-Bank	13	—	4	76⅝ G.
Schles. Bank-Ver.	14	—	4	114⅛ bz
Schl. Centralbank	13	—	4	63 G.
Schl. Vereinsbank	9	—	5	91½ bzG.
Thüringer Bank	14	—	5	100½ bz
Ver.-Bk. Quistorp	10	—	4	11¼ bzB.
Weimar. Bank	8	—	fr.	104½ bz
Wiener Unionbk.	5	—	4	77½ G.
Baugess. Plessner	14	—	5	65 bzG.
Berl. Eisenb.-Bd. A	11½	—	5	143 G.
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	5	43 bzG.
do. Reichs-u.Co.-E.	7¾	—	5	92 bzG.
Märk. Sch. Msch. G.	0	—	5	34⅛ bz
Nordd. Papierfabr.	8	—	5	75 G.
Westend, Com.-G.	17	—	—	12 bzG.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	16⅘	—	4	119¾ G.
Schl. Feuervers.	17½	—	4	152½ G. pr. St
Donnersmarkhüt.	—	—	5	59⅞ bzG.
Königs- u. Laurah.	29	—	5	172¾ bzG.
Lauchhammer	9	—	5	77 G.
Marienhütte	14	—	5	81½ bzG.
Minerva	—	—	5	6 bzG.
Moritzhütte	—	—	5	60 G.
OSchl. Eisenwerk.	11	—	5	40¼ bzB.
Redenhütte	10	—	5	47⅛ bz
Schl. Kohlenwerk.	9	—	5	93⅞ bz
Schles. Zinkh.-Act.	8	—	5	95¾ B.
do. St.-Pr.-Act.	8	—	4½	97 bzB.
Tarnowitz. Bergb.	20	—	5	102⅝ bz
Vorwärtshütte	8	—	5	51 G.
Baltischer Lloyd	0	—	5	37 B.
Bresl. Bierbrauer.	—	0	5	27 bzG.
Bresl. E.-Wagenb.	7½	—	5	59 G.
do. ver. Oelfabr.	10	—	5	69 bz
Erdm. Spinnerei	9	—	5	55⅝ bzG.
Görlitz. Eisenb.-B.	0	—	5	43 bzG.
Hoffm's Wag.-Fab.	6	—	5	50 etbzB.
O.Schl. Eisenb.-B.	14	—	5	87⅞ etbzG.
Schles. Leinenind.	9	—	5	97 bzB.
S.Act. Br. (Scholtz)	—	0	5	29 B.
do. Porzellan	7	—	4	80½ B
Schl. Tuchfabrik	—	—	4	24½ B.
do. Wagenb.-Anst.	9	—	4	45¼ G.
Schl. Wollw.-Fabr.	10	—	4	25 bz

Telegraphische Privat-Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 23. Januar. Einem Turiner Privattelegramm zufolge hat Lamarmora von der italienischen Regierung einen Untersuchungsproceß über die Echtheit der von ihm veröffentlichten Actenstücke verlangt. — Die deutsche Regierung erhebt Klage in Belgien betreffs Feindseligkeiten der ultramontanen Presse. — Das Militärgesetz wird dem Reichstag in der Herbstsession vorgelegt werden. Die Erledigung der kirchenpolitischen Ergänzungsgesetze ist noch vor der Landtagsvertagung wahrscheinlich. — Die Budgetcommission wird die Berathung des Staatshaushaltsetats bis Sonntag beendigt haben.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118. Pariser do. 93½. Wiener do. 102¾. Franzosen*) 346. Hess. Ludwigsb. 147. Böhm. Westbahn 225¾. Lombarden*) 165½. Galizier 235. Elisabethbahn 217½. Nordwestbahn 200¾. Elbthalbahn —, —. Oberhessen 76¾. Oregon 19¾. Creditactien*) 247. Russ. Bodencredit 86½. Russen 1872 94⅜. Silberrente 65⅝. Papierrente 61¼. 1860er Loose 94 13/16. 1864er Loose 151⅛. Ung. Schatzw. 87¼. Raab-Grazer 78⅝. Amerikaner de 1882 98¼. Darmstädter Bankverein 390. Deutsch-österr. 87½. Prov.-Disconto-Gesellschaft 88½. Brüsseler Bank 101⅞. Berl. Bankverein 82¾. Frankf. Bankverein 89¼. do. Wechslerbank 82⅝. Nationalbank 1019. Meininger Bank 109¾. Hahn Effectenbank 116. Continental 92. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 95. 1854er Loose —. Schiff'sche Bank —. Oberhessen —. Rockford 21¾.

Ziemlich fest, aber still. Oesterreichische Bahnen behauptet, ausgenommen Elisabeth, Pfalzbahnen wiederum matt, Fonds beliebt. Geld abundant.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 247¼. Franzosen 346. Lombarden 165¼. Silberrente —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 23. Januar, Abends. [Effekten-Societät.] Creditactien 247½, Franzosen 346, Lombarden 165½, Galizier —, —. Silberrente —, Bankactien —, Böhm. Westbahn — —, Elisabethbahn 219¼, 1860er Loose 95¼, Amerikaner —, Provinzial-Disconto-Gesellschaft 88½. Ungar-Loose 85 à 88½. Fest.

Hamburg, 23. Januar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105. Silberrente 65⅝. Oesterreich. Creditactien 212. dto. 1860er Loose 95½. Nordwestbahn —. Franzosen 742. Lombarden 354. Italienische Rente 59. Vereinsbank 120½. Laurahütte 172. Commerzbank 94¼. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 141. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 64. dto. neue 77. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 81. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 94. Köln-M.-St.-Actien 139¾. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 137¼. Bergisch-Märkische 99¼. Disconto 3¼ pCt. — Leblos.

Wechselnotirungen: London lang 20, 08 Br., 20,[illegible]02 Gd., London kurz 20, 24 Br., 20, 16 Gd., Amsterdam 168, 70 Br., 167, 90 Gd., Wien 175, 25 Br., 173, 25 Gd., Paris 79, 20 Br., 78, 80 Gd., Petersburger Wechsel 270, 25 Br., 268, 25 Gd., Frankfurt a. M. 170, 00 Br., 169, 00 Gd.

Hamburg, 23. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen loco flauer, auf Termine fest. Roggen loco preishaltend, auf Termine ruhig. Weizen pr. 126 Pfd. Jan. pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Jan.-Febr. pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 Gd., pr. Febr.-März pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 250 G., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 267 Br., 266 Gd. — Roggen pr. Jan. 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.-Febr. 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. Febr.-März 1000 Kilo netto 195 Br., 193 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 194 Br., 193 Gd. — Hafer gefragt. Gerste fest. Rüböl still, loco 62½, pr. Januar 62 Br., pr. Mai pr. 200 Pfd. 64 Br. Spiritus fest, pr. Jan. 53½, pr. Febr.-März 54, pr. April-Mai per 100 Liter 100% 54½. Kaffee sehr fest, Umsatz 6000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 60 Br., 13, 50 Gd., pr. Januar 13, 50 Gd., pr. Januar-März 13, 50 Gd. — Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 23. Januar. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Oesterr. Silberrente 65¾. Amerikaner —. Italiener —. Lombarden 354, —. Oesterr. Credit-Actien 212, 25. Oesterr. Staatsbahn 742, —. Oesterr. Nordwestb. —, —. Anglo-Deutsche Bank —. junge —. Hamb. Commerz- u. Disc.-Bank —. Rhein. Eisenb.-St.-Actien 137, 75. Berg.-Märk. 99½. Köln-Mindener 139, 50. Laurahütte 172, 25. Dortmunder Union 81¼. Norddeutsche —, —. Packetfahrt 113. Transatlantische 47. Geschäftslos.

Liverpool, 23. Januar, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 27,000 B. amerikanische.

Liverpool, 23. Januar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Matt. Ankünfte voll 1/16 niedriger.

Middl. Orleans 8 9/16, middl. amerikanische 8 1/16, fair Dhollerah 5 5/16, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middl. Dhollerah 4½, middl. Dhollerah 4⅛, fair Bengal 4, fair Broach 5⅜, new fair Oomra 5⅝, good fair Oomra 6 5/16, fair Madras 5⅝, fair Pernam 8⅝, fair Smyrna 7, fair Egyptian 9.

Upland nicht unter good ordinary Mai-Juni-Lieferung 8, Januar 7⅞, nicht unter low middling Mai-Juni-Lieferung 8 1/16, Januar 7 15/16, December-Januar-Verschiffung 8 D.

Liverpool, 23. Januar. [Getreidemarkt.] Für sämmtliche Getreidearten mäßige Frage. Weizen 1, Mais 18 D. niedriger, Mehl flau. — Wetter: Schön.

Glasgow, 23. Januar. [Roheisen.] Mixed numbers warrants 104 Sh. 6 D.

Amsterdam, 23. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. März 390, pr. Mai 383. Roggen loco unverändert, per März 239½, per Mai 237, pr. Juli 228½, pr. October 240½. Raps pr. October 388 fl. Rüböl loco 34½, pr. Mai 35¾, pr. Herbst 37¾. Wetter: Trübe.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.